



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 123. Ratssitzung vom 12. Dezember 2024

4074. 2024/421

Weisung vom 11.09.2024:

**Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2025 (Detailbudgets und Globalbudgets),
Kapitalaufnahmen 2025**

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 122, Beschluss-Nr. 4074/2024).

Beschlüsse:

Gemeinsame Behandlung der Anträge 044. und 045. (Postulat GR Nr. 2024/553)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Përparim Avdili (FDP) begründet den Antrag der Minderheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4043/2024): Auf Twitter beziehungsweise X kursieren bereits Gerüchte, dass die FDP im Zusammenhang mit der Sicherheit und Fangewalt beim Fussballclub Zürich (FCZ) nicht bereit sei, Missstände aufzudecken – weil ich als FCZ-Fan in einem Interessenskonflikt sei. Das ist nicht der Fall. Mir ist es wichtig, dass auch in diesen Fragen Rechtsstaatlichkeit durchgesetzt werden kann. Rechtsstaatlichkeit ist ein zentrales Gut und hat in einem liberalen Staat eine zentrale Bedeutung. Rechtsstaatlichkeit ist der Garant für den Schutz von uns allen und insbesondere jener Menschen, die sich nicht selber schützen können. Als Fan liebe ich den Fussball und nicht die Krawalle. Ich verurteile Gewalt in jeglicher Form. Gewalt darf keinen Platz haben, weder in Form von tätlichen Angriffen auf das Personal der Verkehrsbetriebe (VBZ), auf Polizistinnen und Polizisten oder auf Unbeteiligte, noch in Form von Sachbeschädigungen an öffentlichem und privatem Eigentum, womit ich explizit auch Kleber und Sprayereien meine. Zum Wohl des Fussballs, unserer Bevölkerung und unserer Stadt stehen wir alle in der Verantwortung, unmissverständliche Massnahmen dagegen zu ergreifen. Die FDP-Fraktion hat begleitend zu diesem Antrag ein Postulat eingereicht. Darin fordern wir ein vierdimensionales Massnahmenpaket. Marita Verballi (FDP) wird mehr dazu sagen. Eine konkrete Massnahme ist die Übernahme der Sicherheitskosten durch die Verantwortlichen – in diesem Fall die Fussballclubs. Mit der bestehenden Vereinbarung übernehmen die beiden Clubs FCZ und Grasshopper Club Zürich (GCZ) Sicherheitskosten in



der Höhe von rund einer Million Franken. Aus der Beratung der Rechnungsprüfungskommission (RPK) ging hervor, dass die tatsächlichen Sicherheitskosten und -aufwendungen mindestens doppelt so hoch sind. Der massive Einsatz der Polizei, der leider notwendig ist, kann nicht mehr durch die Öffentlichkeit getragen werden. Unterdessen glaube ich, dass die Sprache der Kosten die einzige Sprache ist, die der eine Präsident dieser Fussballclubs versteht. Wir müssen die Clubs in die Verantwortung nehmen, genauso wie Konzertveranstalter für Polizeikosten aufkommen müssen. Mir ist bewusst, dass es schwierig wird, die aktuelle Vereinbarung für das nächste Jahr anzupassen. Dennoch bleibt der Antrag eine klare politische Botschaft an die Beteiligten.

Markus Haselbach (Die Mitte): Eine Minderheit verlangt eine Verbesserung in der Höhe von einer halben Million Franken. Bezahlen sollen dies der FCZ und die Fussballsektion von GCZ. Zur Kostenbeteiligung gibt es eine Vereinbarung zwischen der Stadt Zürich und den beiden Fussballclubs. Aktuell bezahlen beide ungefähr eine halbe Million Franken pro Jahr für Meisterschafts- und Cup-Spiele. Die internationalen Spiele werden zusätzlich abgerechnet. Dass beide Clubs gleich viel bezahlen, scheint ungerecht. Die 3000 Zuschauer bei GCZ-Spielen verursachen kaum dieselben Sicherheitskosten wie die 16 000 Zuschauer bei FCZ-Heimspielen. Aber so ist es im Moment vertraglich geregelt. Der Vertrag verlängert sich jeweils für zwei Jahre, wenn ihn niemand bis drei Monate vor Ablauf kündigt. Er gilt also für das Jahr 2025. Somit ist klar, dass die Budgetverbesserung im Jahr 2025 unmöglich ist. Deshalb lehnt die Mehrheit den Antrag ab.

Weitere Wortmeldungen:

Karin Stepinski (Die Mitte): Ich möchte darauf hinweisen, dass die Die Mitte/EVP-Fraktion das Postulat GR Nr. 2024/553 miteingereicht hat. Im Gegensatz zur FDP-Fraktion sind wir beim zweiten Geschäft anderer Meinung. Wir sehen es wie der Stadtrat. Die Verträge laufen und wir möchten keinen Betrag erhöhen. Es ist wichtig, dass sich die Clubs beteiligen. Das geforderte Vier-Säulen-Modell erachten wir als wichtig, weil das Problem damit von verschiedenen Seiten angegangen und hoffentlich wirksam bekämpft werden kann. Ich bin auch Fussball-Fan. Fussball, wie wir ihn in Zürich haben, kennt nicht jede Stadt. Wir werden weltweit für die tolle Kurve und Stimmung im Stadion beneidet. Zürich ist eine Sportstadt mit überregionaler Ausstrahlung und soll es bleiben. Dazu gehört, dass Gewalt bekämpft wird. Über die Art und Weise der Bekämpfung wird man sich Gedanken machen müssen. Ich bin wie die FDP für die Rechtsstaatlichkeit. Ich bin aber auch der Meinung, dass man mit den Clubs, den Beteiligten und anderen Parteien einen guten Weg finden muss. Das Vier-Säulen-Modell, das in der Drogenpolitik seit Jahren funktioniert, baut darauf auf, alle Parteien ins Boot zu holen und an einem runden Tisch ein Problem zu lösen, das die Stadtzürcher Bevölkerung negativ beeinflusst.

Johann Widmer (SVP): Nach diesen wohlwollenden Voten muss ich mich doch äussern. Meine Erfahrung mit Ancillo Canepa und dem FCZ ist eine andere. Ihr könnt lange reden, es passiert gar nichts. Ich habe ihm einen offenen Brief geschrieben und diesen



im Gemeinderat verlesen. Es ist nichts passiert. Er tut nichts gegen Sprayereien oder Fangewalt und ist absolut beratungsresistent. Ich traf ihn mit seinem Hund auf der Allmend und habe ihn angesprochen. Er sagte, es gehe ihn nichts an. Wenn sich der Verwaltungsratspräsident einer grossen Schweizer Firma so verhalten würde, würde dieser Rat laut aufjaulen. Hier aber lehnt er den Antrag der FDP ab, der das Minimum verlangt. Diese Leute können nur über Geld in die Schranken gewiesen werden. Sie geben für ihre Spieler zig Millionen Franken aus, sind aber nicht fähig, ihre Fans in Schach zu halten. Der Gemeinderat sollte einsehen, dass mit drastischen Massnahmen fortgefahren werden muss. Verträge können gekündigt und neu verhandelt werden.

Nicolas Cavalli (GLP): Vor einigen Jahren wurde das Kaskadenmodell eingeführt. Dieses funktioniert mal besser, mal schlechter. Als Anwohner kann ich sagen: Es besteht Handlungsbedarf. Im Oktober 2024 wurde die «Taskforce Sport» gegründet. Sie soll aufzeigen, wie besser gegen gewalttätige Fussball-Rowdys vorgegangen werden kann. Eine gute Basis dafür bietet der Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) vom September 2024 mit verschiedenen Massnahmen. Diese Massnahmen müssen jetzt konsequent umgesetzt werden. Es handelt sich um verbesserte Eintrittskontrollen, den Aufbau von Fanarbeit oder die Sensibilisierung gegen Alkohol und Drogen. Die GLP-Fraktion hat die Diskussion mit einer Interpellation angestossen und ermöglicht den Clubs, selbstständig proaktiver zu werden. Deshalb sind wir vorerst gegen eine Erhöhung der Kostenbeteiligung bei der Sicherheit. Wir forderten aber mit dem Postulat GR Nr. 2016/320, dass sich die Clubs stärker an der Fanarbeit beteiligen. Eine stärkere Beteiligung bei den Sicherheitskosten bleibt bei uns aber Gegenstand der Diskussion.

Marita Verballi (FDP): Fussball ist ein Sport, der Emotionen weckt, Freude macht und ein Gemeinschaftsgefühl gibt. Leider gibt es eine Schattenseite: massive Sachbeschädigungen, immer wieder kritische und gefährliche Situationen und Gewaltvorfälle – sei es bei Fanmärschen rund ums Stadion Letzigrund oder abseits der Spiele. Auch die Belastung für die öffentliche Sicherheit und den öffentlichen Verkehr ist gross. Die FDP sieht den Ansatz nicht nur bei einer grösseren Beteiligung an den Sicherheitskosten. Deshalb haben wir zusammen mit der Fraktion Die Mitte/EVP das Begleitpostulat eingereicht. Dieses soll präventive und reaktive Massnahmen kombinieren. Ausserdem nimmt es auf den GPK-Bericht Bezug. Zentral ist, dass alle Akteure – Clubs, Fanorganisationen, Stadionverantwortliche, Polizei, Behörden, Expertinnen und Experten – gemeinsam Massnahmen entwickeln, diese aufeinander abstimmen und konsequent umsetzen. Es braucht den Willen aller Beteiligten, damit sich etwas positiv verändert. Im Mittelpunkt steht die Förderung einer positiven Fankultur mit gezielten Programmen und Sensibilisierungsinitiativen. Ein Beispiel: Wenn die Clubs Schulklassen besuchen, wäre es ein starkes Zeichen, wenn FCZ und GCZ dies gemeinsam tun würden. Gleichzeitig dürfen Regelverstösse nicht ohne Folgen bleiben. Es braucht griffige Massnahmen, die gemeinsam entwickelt und durchgesetzt werden. Das Ziel muss sein, Unbeteiligte und friedliche Fans nicht zu gefährden. Ausserdem sollte das Image des Fussballs nicht nur mit Fangewalt assoziiert und die Belastung der Bevölkerung reduziert werden. Niemand mit einem GCZ- oder FCZ-Shirt soll Angst haben müssen.



Moritz Bögli (AL): Unsere Ablehnung hat nichts mit dem FCZ oder GCZ zu tun. Es geht bei diesem Budgetantrag um die Grundsatzfrage, ob Polizeikosten verrechnet werden sollen oder nicht. Wir machen dies weder beim Züri Fäscht noch beim Sechseläuten. Im Moment sind die Sportvereine die einzigen, die sich an den Polizeikosten beteiligen müssen. Für die AL ist klar, dass die Polizei und damit das Gewaltmonopol eine staatliche Aufgabe ist, die man nicht verrechnen sollte. Dass die Rechten gern wahl- und ziellos Polizeikosten verrechnen wollen, sehen wir auf kantonaler Ebene. Die angebliche Rechtsstaatlichkeit, die Pärparim Avdili (FDP) hochhält, hat man gesehen, als die FDP als Juniorpartnerin der SVP die grundrechtswidrige Anti-Chaoten-Initiative unterstützte. Ich warte auf den Antrag, die Polizeikosten des Sechseläuten-Einsatzes den Veranstalter*innen zu verrechnen. Die AL wird auch den Antrag aus Prinzip ablehnen. Wir machen nicht das, was die «NZZ» fordert, sondern vertreten effektive Werte.

Samuel Balsiger (SVP): Es wäre spannend zu hören, was der Sicherheitschef als Geschäftsleitungsmitglied des FCZ zu dieser Auseinandersetzung und den vielen Problemen seines Clubs sagt. Komisch, dass er schweigt und keine Meinung hat. Ausserdem hoffe ich, dass die FCZ-Sprüche an meinem Wohnort an der Wand und rundherum nur zufällig dann angebracht wurden, als wir in der Kommission die Südkurve kritisierten.

Florian Utz (SP): Die SP wird beim Antrag der FDP aus zwei Gründen von der Enthaltung in die Mehrheit wechseln. Wie Markus Haselbach (Die Mitte) gesagt hat, bestehen laufende Verträge, die zwar gekündigt werden können, aber nicht bereits auf nächstes Jahr. Wir sind der Meinung, dass Verträge eingehalten werden sollen. Zudem sehen wir den Punkt der Weiterverrechnung von Sicherheitskosten eher kritisch. Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass es beim Thema Fangewalt keinerlei Probleme oder Handlungsbedarf gäbe. Deshalb unterstützen wir das Postulat und insbesondere das Vier-Säulen-Modell. Wir hoffen, dass die Säule Prävention so gut wirkt, dass die Säule Repression kleiner sein kann. Aber wir sind realistisch genug, um zu wissen, dass die Grösse der einzelnen Säulen von der Wirksamkeit der anderen abhängt. Der Freisinn hat in der Begründung des Postulats einzelne Massnahmen vorgeschlagen. Er stellte aber klar, dass es sich dabei um Massnahmen handelt, die geprüft werden sollen. Die SP ist nicht von allen Massnahmen gleichermassen begeistert. Insbesondere die Weiterverrechnung von Sicherheitskosten sehen wir eher kritisch. Bei anderen Punkten könnte ich mir eher vorstellen, positive und negative Anreize zu schaffen, sodass beispielsweise die Mietkosten davon abhängig sind, wie viel oder wenig Gewalt es gibt. Wir begrüssen, dass die verschiedenen Dienstabteilungen mit den Clubs und Betroffenen zusammensitzen, um gemeinsam eine kohärente Strategie zu erarbeiten. Es besteht Handlungsbedarf.

Roland Hurschler (Grüne): Die Grünen sind gegen den Antrag der FDP und SVP. Es stimmt nicht, dass beide Vereine eine halbe Million Franken bezahlen. Es handelt sich um ein Kostendach in der Höhe von 500 000 Franken. Entsprechend wird GCZ mit einem geringen Fanaufkommen deutlich weniger bezahlen müssen. Es stimmt, dass sich



die Kosten bis auf eine Million Franken belaufen können. Das ist ein sehr hoher Betrag, wenn man die wirtschaftliche Situation der Zürcher Clubs sowie das Stadion, das kein Fussballstadion und damit ein wirtschaftliches Handicap ist, bedenkt. Es ist unfair, dass man vor allem die Fussballclubs zur Kasse bittet, obwohl andere Grossveranstaltungen ebenfalls Probleme verursachen. Nichtsdestotrotz sind die Grünen strikt gegen Gewalt und Fangewalt. Wir begrüssen den Bericht der GPK, der die spezifischen Herausforderungen im Umfeld von Profi-Fussballspielen anging und Lösungsvorschläge brachte. Die Probleme haben auch damit zu tun, dass die Kurve im Moment stark wächst. Der Fussball ist attraktiv. Das ist eigentlich erfreulich. Leider sind die Lösungsvorschläge im Postulat etwas einseitig. Es handelt sich um eher repressive Vorschläge wie beispielsweise personalisierte Eintrittskarten. Es gäbe in diesem Papier originellere Ansätze. Es würde sich lohnen, diese anzuschauen. Beispielsweise, dass – wie in Winterthur – eine Zürcher Sirup-Kurve eingeführt wird, mit der die spielerisch-kreativen Elemente gestärkt werden. Der Antrag geht in die falsche Richtung. Er nimmt eine Sanktion aus dem Postulat vorneweg. Sanktionen zu budgetieren, ist kein Fair Play. Es passiert viel. Der Dialog läuft. Auf diesem Weg wollen wir weitergehen und die Probleme miteinander lösen.

Përparim Avdili (FDP): *Bei den Sicherheitskosten geht es nicht um Sanktionen, sondern darum, dass man die Kosten der Realität entsprechend weiterverrechnen kann. Das ist nichts Neues, sondern das, was bereits passiert. An die Adresse der AL: Wir müssen aufpassen, was miteinander verglichen wird. Die FDP würde niemals fordern, dass eine bewilligte Velodemonstration, die ein Verkehrschaos auslöst, die Polizeikosten übernehmen muss. Auch bei den anderen Veranstaltungen, die vorher aufgezählt wurden, habe ich weder Sprayereien noch Kleber oder Gewalt gegen städtisches Personal gesehen. Aber offenbar ist die AL der Meinung, dass die Sicherheitskosten hochkommerzieller Konzertveranstaltungen, wie beispielsweise jenen von Taylor Swift, ebenfalls vom Steuerzahler subventioniert werden sollen. Dort wurden die Sicherheitskosten nämlich von den Veranstaltern übernommen. Nicht zuletzt haben wir gehört, dass die AL mit ihren Werten politisiert. Die Werte, die die AL vertritt, konnte man gestern auf dem Pullover des AL-Gemeinderats lesen, der vorher sprach. Das sind keine Werte dieser Stadt.*



6 / 45

S. 237	25 2520 4240 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Benützungsgebühren und Dienstleistungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
044.	Antrag Stadtrat				-5 880 500 Mehrheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne)
			500 000		-6 380 500 Minderheit	Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
					Enthaltung	Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP), Barbara Wies- mann (SP)
		Begründung:	Höhere Beteiligung an den Sicherheitskosten durch den FCZ und GC			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 27 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 046.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Sven Sobernheim (GLP): Der Bund schreibt uns vor, die Schutzräume alle zehn Jahre zu kontrollieren. Der Kanton Zürich will diese Kontrollen alle sechs Jahre. Warum bleibt schleierhaft. Aus Sicht der Mehrheit braucht es keine Aufstockung bei den Schutzraumkontrollen. Es genügt, wenn wir uns ans Bundesrecht halten, anstatt Musterschüler zu spielen. Auch das Argument der Verwaltung, dass die Politik die Funktionstauglichkeit von Schutzbauten im Ernstfall höher gewichtet als früher, sollte heute widerlegt werden.

Felix Moser (Grüne): Sven Sobernheim (GLP) hat den Sachverhalt klar dargelegt. Der Bund verlangt andere Kontrollintervalle als der Kanton. Aber die Anforderungen des Kantons sind leider massgebend, auch wenn es Regierungsrat Mario Fehr war, der dies bestimmt hat. Heute werden die Kontrollen mit temporärem Personal durchgeführt. Wir halten es für angemessen und sinnvoll, dass die Kontrolleure richtig angestellt werden können. Es ergibt keinen Sinn, diese Stellen aus Trotz nicht zu genehmigen.



Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: Die Menschen in unserer Stadt zählen darauf, dass es im Ernstfall für jede und jeden einen Schutzplatz gibt, der den versprochenen Schutz bietet. Bereits die erste Verpflichtung lösen wir nicht ein. In der Stadt Zürich fehlen momentan ungefähr 80 000 vollwertige Schutzplätze. Auch wenn man die Schutzräume überbelegen würde, müssten ungefähr 45 000 Menschen in einen Schutzraum, der die Schutzanforderungen nicht erfüllt. Ohne die beantragten Stellen für die Schutzplatzkontrollen können wir die vollwertigen Schutzplätze nicht wie gesetzlich vorgeschrieben alle sechs Jahre kontrollieren. Im Moment schaffen wir nur gut die Hälfte der fälligen Kontrollen. Wenn beispielsweise Mängel an den Lüftungsanlagen nicht rechtzeitig festgestellt und behoben werden, kann das für die Menschen, die dort Schutz suchen, lebensgefährlich werden. Zu den beantragten Baurechtsexperten: Der Ersatz von Schutzraumkomponenten kann teuer sein. Deshalb gibt es immer mehr Rekurse von Privaten gegen die angeordneten Massnahmen. Im Baubewilligungsverfahren gibt es ebenfalls viele rechtliche Fragen zu klären. Wenn wir diese nicht zügig klären können, verzögern sich beispielsweise Neubauprojekte. Betroffen sind auch Genossenschaftssiedlungen, da diese häufig Dienstbarkeitsverträge mit der Stadt haben, dass sie öffentliche Schutzplätze anbieten müssen. Bei 1,5 der insgesamt 3 Stellen lösen wir temporär Angestellte ab. Das heisst, diese Mitarbeitenden sind heute schon da und voll ausgelastet. Wenn der Gemeinderat dem Kürzungsantrag folgt, haben wir noch weniger Ressourcen als bisher.

S. 243	25 2550 3010 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Schutz & Rettung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
046.	Antrag Stadtrat				89 956 600 Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referat, Markus Haselbach (Die Mitte)
			395 000		89 561 600 Mehrheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP), Johann Widmer (SVP), Barbara Wiesmann (SP)
		Begründung:	Verzicht auf die 2 Schutzraumkontrollleur*innen sowie Verzicht auf den Baurechtsexperten für Schutzräume			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 25 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



Antrag 047.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Markus Knauss (Grüne): Ich erlebe mit viel Freude, dass die Stadt die Aufträge aus dem Richtplan zu Tempo 30 und Velovorzugsrouten umsetzt. Mir ist bewusst, dass das nicht überall auf Gegenliebe stösst. Viele Hauseigentümer reichen mit der Unterstützung des Hauseigentümergebunds und freisinniger Anwälte Rechtsmittel dagegen ein. Ich finde es absolut legitim, dass Leute, die persönlich betroffen sind, im Einzelfall überprüfen lassen, ob eine Anordnung für die beiden Projekte rechtsgültig ist und umgesetzt werden kann. Es scheint mir im Sinn eines funktionierenden Rechtsstaats aber sinnvoll, dass man einen Entscheid innert vernünftiger Frist erwirken kann. Die erste Stufe ist der Stadtrat, der eine gewisse Zeit braucht, bis er effektiv entscheidet. Diese Frist scheint mir mit einer Dauer von ungefähr 1,5 Jahren aber deutlich zu lang. Ich stelle fest, dass das Baurekursgericht, das Verwaltungsgericht oder das Bundesgericht deutlich schneller entscheiden. Natürlich hat das auch mit mangelnden Ressourcen zu tun. Damit die juristische Arbeit schneller vorwärtsgesht, soll eine Stelle bei der Dienstabteilung Verkehr (DAV) geschaffen werden. Mich erstaunt, dass der Freisinn nicht mitmacht. Pärparim Avdili (FDP) sagte vorher, es gehe darum, Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen. Das heisst auch, innert nützlicher Frist zu entscheiden. Regierungsrätin Carmen Walker Späh brachte als Kantonsrätin einen Antrag ein, dass in Baurechtsfragen innerhalb von drei Monaten ein Entscheid vorliegen soll. Wir möchten der DAV die Mittel geben, damit sie innert vernünftiger Frist entscheiden kann. Damit schaffen wir Rechtssicherheit und ermöglichen der Stadt, Volksaufträge innert vernünftiger Frist umzusetzen.

Martin Bürki (FDP): Bereits im letzten Jahr wurden zu diesem Zweck drei zusätzliche Juristen angestellt. Es braucht nicht noch einen Juristen. Um die Prozesse zu beschleunigen, gäbe es andere Möglichkeiten. Wenn man mit den Quartieren und der Bevölkerung zusammenarbeiten und bei der Umsetzung mehr Flexibilität walten liesse, könnten die Einsprachen um die Hälfte reduziert werden und es bräuchte diese Stellen nicht.

Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP): Und noch eine Stelle und noch eine und noch eine. Die Industrie weiss schon lange, dass dieses Patentrezept nicht funktioniert. Wenn es harzt, muss man nicht mehr Leute anstellen, sondern zwei rauswerfen. Dann arbeitet der letzte dreimal so schnell. So aber geht es nicht. Diese Stelle ist am falschen Ort. Es sollten die Baubewilligungen in der Stadt beschleunigt werden anstatt die Velorouten, die sowieso nichts bringen. Wenn ich mit meinem E-Bike mit 45 km/h durch die Stadt fahren möchte, muss ich dauernd anhalten und diesem grünen «Löli-Streifen» nachfahren, den niemand kennt. Wo sind die versprochenen Veloautobahnen? Dafür braucht es keinen zusätzlichen Juristen. Es braucht jemanden mit Grips, der ein Gesamtkonzept ausarbeitet.



Sven Sobernheim (GLP): Da ich mich vom Mehrheitsreferenten nur teilweise vertreten fühlte: Die GLP ist auf der Seite des Stadtrats, weil wir letztes Jahr erst Stellen geschaffen haben und nicht, weil wir fänden, dass die Projekte nicht so umgesetzt werden sollten.

Michael Schmid (AL): Ich kann Johann Widmer (SVP) sagen, wo die versprochenen Veloautobahnen sind: Sie stecken in den Rekursverfahren fest. Deine Kritik überrascht mich, da dies wohl die einheitliche Meinung der Linken ist. Es ist ein Missstand, dass die Velovorzugsrouten so zerstückelt sind, man nicht sicher darauf unterwegs sein kann und die grüne Markierung nicht verständlich ist. Es ist aber ebenso ein Missstand, dass es mehr als ein Jahr dauert, um eine Einsprache zu behandeln. Deshalb unterstützen wir die offensichtlich notwendige zusätzliche Stelle.

S. 253	25 2555 3010 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Dienstabteilung Verkehr Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
047.	Antrag Stadtrat				13 735 700	Mehrheit
						Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
				100 000	13 835 700	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
						Enthaltung Tanja Maag (AL)
		Begründung:	Eine zusätzliche Stelle (juristische Mitarbeit) im Rechtsdienst zur Beschleunigung der Umsetzung von Velovorzugsrouten und Tempo 30			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 63 gegen 51 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



Antrag 048.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Die Dienstabteilung Verkehr (DAV) stattete in den letzten Jahren einige Kreuzungen mit separaten Veloampeln aus und verbesserte damit die Sicherheit deutlich. Es wurden innert kurzer Zeit 140 Veloampeln aufgestellt. Im nächsten Budget wurden seitens Stadtrats nur noch 25 Veloampeln geplant. Aus unserer Sicht soll das bisherige – sehr gute – Tempo beibehalten werden. Deshalb beantragen wir 50 zusätzliche Veloampeln, um die Sicherheit der Velofahrerinnen und Velofahrer zu verbessern.

Sven Sobernheim (GLP): «Veloampeln werden vermehrt angebracht. Sie sind im Budget unter Veloexpressmassnahmen vorgesehen.» Das Geld ist vorhanden, die Planung läuft dort, wo es Bedarf und Möglichkeiten gibt. Wenn Sie mehr Veloampeln wollen, stellen Sie keinen Budgetantrag, sondern schreiben Sie der DAV eine E-Mail, wo es einen guten Standort gibt. Das bringt deutlich mehr, wie ich aus eigener Erfahrung weiss.

Weitere Wortmeldungen:

Stephan Iten (SVP): Ich frage mich, weshalb wir Veloampeln brauchen, wenn kein einziger Velofahrer bei einer Ampel hält. Ein Beispiel: Am Bucheggplatz gibt es eine Veloampel für die Sicherheit der Velofahrer, damit sie anhalten, wenn Autos die Spur kreuzen. Kein einziger hält an. Das ist herausgeworfenes Geld. Zeigen Sie mir einen Velofahrer, der bei einer Ampel anhält, dann können wir über Veloampeln diskutieren.

Tanja Maag (AL): Vielleicht verwechselt Stephan Iten (SVP) das Anhalten mit der Vorfahrt? Veloampeln sind dazu da, dass Velofahrer*innen ein bisschen vorher anfahren können. Es handelt sich um so griffige Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit von Velofahrer*innen, dass wir uns dazu hinreissen liessen, der DAV diese Ressourcen zu sprechen, damit sie diese Ampeln zügig – nicht verteilt auf zwei Jahre – installiert.

S. 255	25 2555 3141 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Dienstabteilung Verkehr Unterhalt Strassen und Verkehrswege				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
048.	Antrag Stadtrat			6 290 800	Minderheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)



50 000 6 340 800 Mehrheit

Florian Utz (SP) Referat,
Dr. Florian Blättler (SP),
Leah Heuri (SP), Tanja
Maag (AL), Felix Moser
(Grüne), Barbara Wies-
mann (SP)

Begründung: Erstellung von 50 zusätzlichen Veloampeln im Jahr 2025 zur Erhöhung der Verkehrssicherheit

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 049. und 050. (Postulat GR Nr. 2024/554)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Michael Schmid (AL) begründet den Antrag der Minderheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4044/2024): Im September 2023 wurde im Kreis 4 die Verbindungsstrasse zwischen der Bahnunterführung und dem Helvetiaplatz von der Langstrasse auf die Kanonengasse und Ankerstrasse verlegt. Zur Durchsetzung der neuen Verkehrsordnung wurde auf der Langstrasse die Durchfahrt für den Autoverkehr auf der Höhe der Piazza Cella mittels eines Fahrverbots unterbrochen. Dieses Verbot gilt nur von 5 Uhr bis 22 Uhr. In der Nacht ist die Durchfahrt weiterhin erlaubt. Dieses Regime ist ungewöhnlich. Üblicherweise ist die Durchfahrt – wenn sie zeitlich limitiert ist – in der Nacht verboten. Viele Automobilistinnen und Automobilisten scheinen mit dem Schild überfordert zu sein oder denken, es gelte für sie nicht und fahren durch das Fahrverbot. Seltsamerweise hat dies das Sicherheitsdepartement dazu bewogen, die dort installierte automatische Kontrollanlage ausser Betrieb zu nehmen. Stattdessen wurde die bereits überlastete Sicherheitsabteilung der Stadtpolizei mit der sporadischen Ahndung von Übertretungen des Fahrverbots betraut. Das ist auch eher ungewöhnlich. Üblicherweise lohnt sich eine automatische Kontrolle genau dort, wo viele Übertretungen stattfinden. Damit sind wir noch nicht am Ende der Kuriositäten angelangt. Weil sich die Automobilisten nicht an die Verkehrsregeln halten oder sie das Ablesen von Uhrzeiten überfordert, soll jetzt eine Wechselsignalanlage installiert werden, die das Fahrverbot zu jenen Zeiten anzeigt, zu denen es gilt. Das kostet eine Million Franken sowie viele personelle Ressourcen. Die einfachere Lösung wäre die Verfügung eines Fahrverbots ohne zeitliche Beschränkung auf den betroffenen 60 Metern. Diese Lösung verursacht um ein Vielfaches tiefere Kosten und bringt gleichzeitig mehr Klarheit. Die Gegner des Antrags befürchten, dass sich der Verkehr in der Nacht auf die Ankerstrasse verlagern könnte, wo mehr Leute wohnen. Ich teile diese Befürchtung nicht. Wesentlichen Verkehr stelle ich auf der Langstrasse nur an schönen Freitag- und Samstagnächten fest. Dabei handelt



es sich hauptsächlich um Poser, die durch die Langstrasse fahren. Die Ankerstrasse hingegen ist nicht so attraktiv zum Posen, weil es dort weniger Publikum zu beeindrucken gibt. Deshalb sehe ich mit dem ganznächtlichen Fahrverbot eher eine gesamthafte Verkehrsreduktion als eine -verlagerung. Unabhängig vom weiteren Vorgehen mit der Signalisation fordere ich, dass die beschränkten Kapazitäten der uniformierten Polizei effizienter eingesetzt werden, anstatt als menschlicher Ersatz einer automatischen Kontrollanlage. Die automatische Kontrollanlage soll deshalb sofort wieder aktiviert werden.

Florian Utz (SP): *Ich vertrete eine heterogene Mehrheit und beschränke mich auf den gemeinsamen Nenner. Aus Sicht der Mehrheit ist die Wechselsignalanlage sinnvoll. Wir haben heute tatsächlich die Situation, dass das Fahrverbot nicht eingehalten wird. Die Statistik zeigt, dass die Zufahrten zur Langstrasse zunächst auf 3000 Durchfahrten pro Woche sanken. Seither haben wir wieder eine Zunahme auf rund 7000 Durchfahrten pro Woche. Das zeigt, dass die heutige Signalisierung ohne flankierende Massnahmen wie die automatische Verkehrskontrolle (AVK) nicht funktioniert. Wenn eine Signalisierung nicht funktioniert, muss man sie ändern. Auch dann, wenn es nicht ganz gratis ist.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: *Das Postulat fordert den Verzicht auf die geplante Wechselsignalanlage zur besseren Erkennbarkeit des Tagfahrverbots an der Langstrasse. Zudem soll geprüft werden, ob das Fahrverbot ganztags gelten soll. Es ist im Gemeinderat allen bekannt, dass die verkehrsarme Langstrasse eine fast unendliche Geschichte ist. Die ersten Ideen stammen aus den 1970er-Jahren. Es gab in den Jahren 1999 und 2006 gross angelegte Mitwirkungsprozesse mit betroffenen und interessierten Anwohnenden und Gewerbetreibenden im Quartier. Es gab Verhandlungen mit dem Kanton, flankierende Massnahmen und auch Rechtsmittelverfahren. Im Jahr 2020 wurde das Projekt festgesetzt. Es gab Einsprachen. Jetzt – nach vielen Jahren – haben wir dieses Tagfahrverbot. Auch wenn die Einhaltung noch nicht zufriedenstellend ist, weiss jede und jeder, dass das Velofahren auf der verkehrsarmen Langstrasse seither sehr viel entspannter ist. Die Erfahrung zeigte, dass Kontrollen nur eine beschränkte Wirkung haben. Das führen wir darauf zurück, dass die Verkehrsregeln nicht richtig wahrgenommen werden. Es ist nicht die Idee, möglichst viel Bussengeld einzunehmen. Wir möchten eine klare und unmissverständliche Signalisation. Mit der Wechselsignalanlage soll das gelingen.*

Weitere Wortmeldungen:

Andreas Egli (FDP): *Ich bin mit Michael Schmid (AL) in einem Punkt einig: Die Lösung, die wir jetzt haben, ist nicht optimal. Aber die Langstrasse war vorher nicht ruhig und ist es jetzt auch nicht. Das liegt nicht nur an den Autos, sondern auch an den Besuchern – vor allem an den Wochenenden. Ein Punkt, weshalb man sagte, dass Autos besser seien, war, dass diese leiser sind als die Langstrassen-Besucher. Es war auch allen, die am Projekt mitgearbeitet haben, klar, dass dort nichts mehr fährt, wenn man den Auto-*



verkehr nicht durch die Langstrasse führt: weder Sanität noch Polizei, öffentlicher Verkehr oder Velofahrer – weil alle mit dem Bierchen in der Hand auf der Strasse stünden. Dieses Problem würde durch ein ganztägiges Fahrverbot verstärkt. Vielleicht muss man beim Langstrassenprojekt tatsächlich noch mal auf Feld 1 zurück und überlegen, ob es bessere Lösungen als die heutige gibt. Michael Schmid (AL) macht sich Sorgen um die Kosten. Ich höre zum ersten Mal, dass sich die Linke deswegen Sorgen macht. Diese eine Million Franken ist mit den bereits bezahlten Bussen mehr als finanziert. Eine bessere Signalisation ist die Lösung, die am schnellsten eine Verbesserung bringt.

Urs Riklin (Grüne): Es bringt mich in Rage, wenn man sich auf eine unendliche Geschichte abstützt. Auch Michael Endes Buch fand irgendwann ein Ende. Deshalb finde ich es wichtig, darauf zu fokussieren, wie man eine nicht immer gelungene Geschichte zu einem guten Ende bringt – anstatt vom unendlichen Ende zu sprechen. Es ist den meisten Leuten bewusst, dass die heutige Situation nicht befriedigend ist. Wir diskutierten schon darüber, welche Möglichkeiten dem Express-Team zugespielt werden könnten, damit sich die Situation verbessert. Signalisationen kann man farblich oder mit Signalen anbringen. Es gibt viele Möglichkeiten. Wichtig ist, dass es schnell geht. Aus Veloperspektive gehe ich mit Michael Schmid (AL) einig, dass ein ganzheitliches Fahrverbot für den motorisierten Individualverkehr Klarheit brächte. Aber in der jetzigen Situation braucht es eine bessere Signalisation. Die Grünen lehnen das Postulat und den Budgetantrag ab.

Florian Utz (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Das Postulat verlangt drei Massnahmen. Es soll auf die Wechselsignalanlage verzichtet werden. Dieser Punkt ist aus Sicht der SP nicht sinnvoll, weil es zumindest als Übergangslösung eine klare und unmissverständliche Signalisation braucht. Die anderen beiden Massnahmen im Postulat erachten wir als sinnvoll. Dabei handelt es sich um die Wiedereinführung der automatischen Verkehrskontrolle (AVK). Die Stadtpolizei schaffte diese ab, weil zu viele Bussen verteilt wurden. Diese Kapitulation finde ich aus rechtsstaatlicher Sicht speziell. Die Polizei führte danach teilweise persönliche Kontrollen durch und setzte dafür rund 50 Mann- und Fraustunden ein. Dabei handelt es sich um eine ineffiziente Massnahme. Wenn eine AVK möglich ist, sollten keine Polizeiressourcen von der Bekämpfung wirklicher Kriminalität abgezogen werden. Bei der dritten Massnahme handelt es sich um die Einführung eines Fahrverbots auch in der Nacht. Das findet die SP prüfenswert. Deshalb schlagen wir eine Textänderung vor, die den Teil mit der Wechselsignalanlage streicht. Das Postulat würde neu heissen: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob zur Entlastung der Uniformpolizei die automatische Kontrollanlage wieder in Betrieb genommen werden soll. Weiter ist zu prüfen, ob die Signalisierung mittels Verfügung eines ganztägigen Fahrverbots auf einfache Weise verständlicher gemacht werden kann.»

Stephan Iten (SVP): Es ist schön, dass die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements eingesehen hat, dass die Signalisation an der Langstrasse nicht die beste ist. Ich hoffe, dass sie auch damals in der Kommission zugehört hat, als ich sagte, dass eine gute



14 / 45

Signalisation wichtig sei. Die Verwaltung nickte fleissig. In der Umsetzung kam es anders. Wenigstens hat man jetzt eingesehen, dass Stephan Iten (SVP) in der Kommission recht hatte. Vielleicht sollte man mir in Zukunft besser zuhören und meine Ideen in die Umsetzung einfliessen lassen. Wenn Michael Schmid (AL) ein komplettes Fahrverbot möchte, müssen wir die Nachtfahrverbote in anderen Strassen aufheben. Dann erst ist es möglich, die Langstrasse den ganzen Tag mit einem Fahrverbot zu belegen. Die SVP ist gegen die Textänderung der SP. Wir möchten, dass das Projekt in den früheren Zustand zurückgebaut wird. Wenn ihr die Million für die Wechselsignalanlage streicht, müsst ihr bedenken, dass es dann auch keine Stromleitungen gibt. Die AVK, die wieder eingeführt werden soll, funktioniert mit einem Akku, den ein Polizist ein- bis zweimal pro Tag wechseln muss. Euer ganzes Konzept ist sinnlos und absurd.

Michael Schmid (AL) ist mit der Textänderung einverstanden: Stephan Iten (SVP) und Andreas Egli (FDP) meinten, die Einführung des Nachtfahrverbots auf der Langstrasse mache gleichzeitig eine Aufhebung der Nachtfahrverbote in den umliegenden Quartieren notwendig. Das Nachtfahrverbot gilt für die Erschliessungsstrassen in den umliegenden Quartieren. Tatsächlich wäre der Verkehr auf den Durchgangsstrassen angebracht und sowohl die Ankerstrasse als auch die Kanonengasse sind in der Nacht als Durchgangsstrasse klassifiziert und nicht mit einem Nachtfahrverbot belegt. Es wäre klar, dass der Verkehr, der in der Nacht auf der Langstrasse fährt, auf diese Achse ausweichen müsste. Es hat also nichts mit dem Nachtfahrverbot in den Erschliessungsstrassen zu tun. Das Fahrverbot gilt auf 60 Metern. Aber es erwirkt eine weitgehend unmotorisierte Langstrasse, die nur noch für den Erschliessungsverkehr und nicht mehr für den Durchgangsverkehr verantwortlich ist. Vielleicht triggert es deshalb die Autofanatiker im Rat derart. Die Textänderung nehmen wir im Sinn eines Kompromisses an und hoffen, dass die Grünen ihre Meinung vielleicht auch noch revidieren.

Urs Riklin (Grüne): Leider hat es die Fraktion, die sonst immer darum bemüht ist, allen zu sagen, sie sollen pünktlich sein, verpasst, uns die Textänderung im Vorfeld zu senden. Wir konnten sie prüfen und stimmen dem Postulat der AL mit der Textänderung zu.

S. 256	25	SICHERHEITSDEPARTEMENT			
	2555	Dienstabteilung Verkehr			
	501210	Bau von Verkehrseinrichtungen: Sammelkonto			
	5010 00 000	Strassen und Verkehrswege			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
049.	Antrag Stadtrat			11 168 000 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Felix Moser (Grüne), Johann Widmer (SVP), Barbara Wiesmann (SP)



15 / 45

1 000 000 10 168 000 Minderheit Tanja Maag (AL) Referat
Begründung: Verzicht auf die weitere Planung und die Umsetzung der Wechselsignal-
anlage für das Motorfahrverbot auf der Langstrasse auf Höhe Piazza Cella

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 107 gegen 9 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

4093. 2024/554

Postulat der AL-Fraktion vom 04.12.2024:

Verzicht auf die weitere Planung und Umsetzung der Wechselsignalanlage für das Motorfahrverbot auf der Langstrasse auf der Höhe der Piazza Cella

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2024/421, Beschluss-Nr. 4074/2024, Antrag Nr. 049.

Michael Schmid (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4044/2024).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Florian Utz (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob ~~auf die weitere Planung und die Umsetzung der Wechselsignalanlage für das Motorfahrverbot auf der Langstrasse auf Höhe Piazza Cella verzichtet, sowie zur Entlastung der Uniformpolizei die automatische Kontrollanlage wieder in Betrieb genommen werden soll.~~ Weiter ist zu prüfen, ob die Signalisierung mittels Verfügung eines ganztägigen Motorfahrverbots auf einfache Weise verständlicher gemacht werden kann.

Michael Schmid (AL) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 63 gegen 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT

Antrag 051.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Tanja Maag (AL): Pflegeexpertinnen APN, sogenannte Advanced Practice Nurses, leisten in der Schweiz einen wichtigen Beitrag in der Gesundheitsversorgung. Ihre Kernkompetenzen sind die direkte klinische Praxis, Coaching und Beratung, Konsilien und Konsultationen, interdisziplinäre Zusammenarbeit sowie Führungs- und Forschungskompetenzen. In einem interdisziplinären Umfeld mit hohem Beratungsanteil an Konsultationen am Kompetenzzentrum für Sozialmedizin bietet sich ein Einsatz von Pflegeexpertinnen APN geradezu an. Das Kompetenzzentrum möchte im Jahr 2025 den Einsatz von Pflegeexpertinnen APN ohnehin prüfen und in diesem Zusammenhang zwei aktuell angestellte Pflegefachpersonen zur Übernahme zusätzlicher Aufgaben befähigen. Diese Expertise mit zwei weiteren Anstellungen aufzubauen, würde eine neue Anordnung herkömmlicher Aufgaben und Funktionen ermöglichen. Sie würde Interdisziplinarität fördern und die Folgen der nach wie vor unterbelegten ärztlichen Fachstellen teilweise abfedern. Letzten Endes würde es auch etwas zur betrieblichen Aktivität beitragen.

Sven Sobernheim (GLP): Für diesen Pilot sind bereits zwei Personen budgetiert. Ein Pilot soll Dinge testen. Eine Verdoppelung des Pilots bringt keine Verdoppelung des Nutzens. Die Antragsstellenden wollen den Pilot einfach überspringen und das Angebot ohne Evaluation und Prüfung definitiv einführen.

Weitere Wortmeldung:

Lisa Diggelmann (SP): Die SP-Fraktion findet das Pilotprojekt sehr gut, ist aber der Meinung, dass man es abwarten und auswerten sollte. Wir bleiben in der Enthaltung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: Ich bin froh über das Votum von Lisa Diggelmann (SP). Tanja Maag (AL) hatte inhaltlich in allem Recht. Mit dem Unterschied, dass wir tatsächlich zuerst Erfahrungen sammeln müssen. Ziel des Pilots ist es, das Maximum an Erkenntnissen herauszuholen, sodass wir nachher wissen, wie viele zusätzliche Stellen es allenfalls braucht. Ich verspreche mir Einiges vom Projekt, aber lassen Sie es uns sauber durchführen. Wir werden die Erkenntnisse und Konsequenzen aufzeigen.



17 / 45

S. 263	30 3010 3010 00 000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Städtische Gesundheitsdienste Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
051.	Antrag Stadtrat				22 655 500	Mehrheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
				200 000	22 855 500	Minderheit	Tanja Maag (AL) Referat, Felix Moser (Grüne)
						Enthaltung	Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		Begründung:	Anstellung Pflegeexpert*innen APN (Advanced Practice Nurses) im Kompetenzzentrum Sozialmedizin. Bereits geplant ist, in Form eines Pilots zwei der aktuell angestellten Pflegefachpersonen in der Übernahme von zusätzlichen Aufgaben zu befähigen. Mit zwei zusätzlichen Anstellungen Pflegeexpert*innen APN könnte die angespannte Personalsituation auf ärztlicher Seite teilweise kompensiert sowie die Interdisziplinarität und Pflegeexpertise beim Kompetenzzentrum Sozialmedizin stärker gewichtet werden.				

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 51 gegen 26 Stimmen (bei 36 Enthaltungen) zu.

Antrag 052.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Tanja Maag (AL): Eine im Jahr 2023 durchgeführte Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) zeigt, dass Gebärende in der Vorphase der Geburt irgendwann an einen Punkt kommen, an dem sie professionelle Unterstützung benötigen. In vielen Fällen reicht es aus, wenn sie Informationen zum Geburtsfortschritt und Gesundheitszustand des Kindes erhalten. Andere wissenschaftliche Belege zeigen die Zusammenhänge zwischen dem Spitaleintritt und Interventionen: Je früher ein Eintritt erfolgt, desto häufiger erfolgen Interventionen unter der Geburt. Entsprechend hilfreich ist es, in der vorbereitenden, der sogenannten Latenzphase, so lange wie möglich zu Hause bleiben zu können. Die Betreuung zu Hause hat nicht nur einen positiven Effekt auf das Geburtsgeschehen und die Gesundheit der Gebärenden, sondern entlastet mit dem Eintritt erst kurz vor der Geburt die Spitäler. Das Projekt «Betreuung von



Schwangeren während der Latenzphase zu Hause» setzt mit einer halbjährigen Pilotphase an diesem Punkt an. Die involvierten Spitäler Triemli und Zollikerberg triagieren nach einem Erstbesuch und können eine Hebamme von Familystart für die Betreuung zu Hause anbieten. Die Idee ist, dass während der Pilotphase ein Team von Hebammen die Zeiten von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 20.00 Uhr abdeckt – natürlich auch am Wochenende mit dem Anspruch, innert einer Stunde vor Ort zu sein. Für die Wartezeit, während der die Hebammen auf Abruf sind, können sie den Krankenversicherern keine Kosten verrechnen, deshalb müssten diese sowie weitere Projektierungskosten vom Verein getragen werden. Es handelt sich um einen kleinen Beitrag für ein niederschwelliges Angebot, das Interventionen einspart. Die aufsuchende Arbeit vor der Geburt schafft ein Vertrauensverhältnis, das nach der Geburt in die Familienphase einfließen kann.

Sven Sobernheim (GLP): «Da von Familystart kein Beitragsgesuch für das Projekt eingereicht wurde, hatten weder die Städtischen Gesundheitsdienste (SGD) noch das Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD) Kenntnis davon. Somit konnte auch nichts budgetiert werden.» Auch hier könnte das Geld über ein Gesuch beim GUD anstatt über einen Budgetantrag beantragt werden. Dann wüsste das GUD auch, wofür es bezahlt.

Weitere Wortmeldung:

Leah Heuri (SP): Die SP war bei diesem Antrag noch in der Enthaltung, weil wir die Antwort des GUD abgewartet haben. Angesichts der Antwort würden wir es begrüßen, wenn es nächstes Jahr über einen Antrag beim GUD laufen würde. Wir finden das Projekt aber sehr gut und begrüßen es, deshalb werden wir zustimmen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: Wir finden dieses Projekt auch gut. Es ist aber irritierend, dass wir vom Verein Familystart, mit dem wir gut zusammenarbeiten, nie einen Antrag oder eine Anfrage für finanzielle Unterstützung erhalten haben. Es ist allen unangenehm mit dem Antrag. Für die Zusammenarbeit erwarte ich von Familystart, dass wir die Anträge direkt erhalten. Es geht um einen kleinen Beitrag. Aber es geht um etwas, über das wir Bescheid wissen müssen, damit die Anträge nicht in der Budgetdebatte gestellt werden. Das ist unprofessionell und bringt für die zukünftige Entwicklung nichts.



S. 265	30 3010 3636 00 700	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Städtische Gesundheitsdienste Beiträge an Verein Familystart Zürich	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
052.	Antrag Stadtrat				90 000	Minderheit
						Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Markus Haselbach (Die Mitte)
				37 400	127 400	Mehrheit
						Tanja Maag (AL) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Felix Moser (Grüne), Johann Widmer (SVP)
						Enthaltung
						Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		Begründung:	Mit dem Projekt «Betreuung der Schwangeren während der Latenzphase zu Hause» wird (in Zusammenarbeit mit zwei Spitälern) in einer Pilotphase getestet, ob und wie sich mit Hebammenbetreuung zu Hause der Klinikeintritt für die Geburt zeitlich verzögern lässt. Studien zeigen eine positive Wirkung auf die Geburt (weniger Interventionen) und auf die Gesundheit von Gebärenden.			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 053. und 054.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Lisa Diggelmann (SP): Mit den beiden Anträgen fordern wir den Stadtrat auf, im Stadtspital mehr Teilzeitstellen für Assistenzärzt*innen, Oberärzt*innen und leitende Ärzt*innen zu schaffen. Durch die Einführung einer neuen Steuerungsgrösse soll sichergestellt werden, dass mindestens 20 Prozent der Stellen mit einem Pensum von 80 Prozent oder tiefer besetzt sind. Im September 2023 waren 351 Assistenzärzt*innen im Stadtspital angestellt. Das Durchschnittspensum betrug 92,7 Prozent, ein Jahr später sogar 96 Prozent. Bekanntlich sprechen wir noch nicht von der geforderten 42-Stunden-Woche, zu der der Stadtrat ein Pilotprojekt macht, sondern von einer Wochenarbeitszeit von mindestens 50 Stunden. Mit einem 80-Prozent-Pensum wäre man also erst einem regulären Pensum gleichgestellt, entsprechend gross ist der Bedarf. Der Stadtrat lehnt



die Steuerungsgrösse mit der Begründung ab, dass die Arbeitsabläufe mit dem Programm «Frauenförderung» optimiert wurden. Es sind aber nicht nur Frauen, die nicht mindestens 50 Stunden pro Woche arbeiten möchten. Es betrifft die ganze Ärzteschaft. Die Aussage, dass die Nachfrage bei der Kaderärzteschaft aufgrund von Weiterbildungs- und Führungsaufgaben gering sei, entspricht nicht den gesellschaftlichen Entwicklungen. Vielleicht liegt das daran, dass der Stadtrat noch nicht erkannt hat, dass man auch in diesem Bereich eine Vorbildrolle einnehmen und dies ermöglichen kann.

Tanja Maag (AL): Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) lehnt die Aufnahme der neuen Steuerungsgrösse der teilzeitarbeitenden Ärzteschaft mit einem Pensum von 80 Prozent oder tiefer und der Festlegung des Werts auf 20 Prozent ab. Dieser Antrag hat zwei Ebenen. Eine technische Frage zur Eignung einer Steuerungsgrösse in einem Globalbudget und eine Frage, wie Teilzeitarbeit gefördert werden kann und muss. In meiner Rolle als RPK-Referentin zuerst zur Steuerungsgrösse: Wir erachten die vorgeschlagene Steuerungsgrösse als nicht sinnvoll, um uns dem Ziel zu nähern. Eine Steuergrösse, die auf menschlichen Entscheidungen beruht, ist nur begrenzt steuerbar. Dasselbe wurde bereits bei der Steuergrösse Case Mix Index (CMI) diskutiert: Der Schweregrad eines Falls kann nicht wirklich gesteuert werden. Er entwickelt sich einfach. Ebenso kann ein individuelles Bedürfnis nach einem bestimmten Beschäftigungsgrad nicht gesteuert werden. Im Fall der Assistenzärzt*innen handelt es sich um Weiterbildungsstellen. Bei einem Beschäftigungsgrad von 100 Prozent dauert die Weiterbildung zur Anerkennung des Fachärzt*innentitels mindestens fünf Jahre. Erschwerend kommt hinzu, dass bei einigen Curricula nicht nur die obligatorische Weiterbildungszeit von fünf Jahren gilt, sondern auch die Anzahl der absolvierten Eingriffe in einem bestimmten Zeitraum vorgegeben ist. Allenfalls nötige Rahmenbedingungen in der assistenzärztlichen Weiterbildung zu ändern, kann nicht auf Ebene Globalbudget gelöst werden. Mit starren Vorgaben wird keine Trendwende eingeleitet. Beim Thema Teilzeitarbeit muss viel Haltungs- und Führungsarbeit geleistet werden, damit die Bedingungen stimmen. In diesem Prozess wirkt eine neue Steuergrösse nicht beschleunigend oder verstärkend. Bei aller demokratischen Steuerung ist ein Globalbudget halt immer noch ein Globalbudget. Steuerungsvorgaben sollen Vorgaben einer Organisationseinheit bestimmen und einen wesentlichen Teil des Aufwands ausmachen. Eine Steuerungsvorgabe zum Anteil Teilzeitbeschäftigung einer Berufsgruppe liegt eher auf der operativen Ebene. Ein Monitoring auf der Ebene Kennwert im Globalbudget ist aber auf jeden Fall angezeigt. Das Stadtspital wird eine solche zusätzliche Kennzahl in ihrer Produktgruppe 1 ausweisen. Ich möchte als Vertreterin der AL noch etwas zum Thema Teilzeitarbeit hinzufügen: Vielleicht ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten bei den Assistenzärzt*innen kleiner als bei der Kaderärzteschaft, weil sie ihre fünfjährige Weiterbildungszeit so schnell wie möglich durchziehen möchten. Aber wer sein Pensum reduzieren möchte, soll dies realisieren können. Teilzeitarbeit ist ein essenzielles Anliegen für die eigene Erholung und Vereinbarkeit von Erwerbs- und Care-Arbeit. Im Vorfeld haben wir diskutiert, ob man allenfalls bei den Stellenausschreibungen eingreifen muss. Wenn man aber die Stellenausschreibung auf Ebene Kader anschaut, sieht man vorwiegend Teilzeitstellen. Assistenzärztinnen bewerben sich in der Regel selbst und selten auf



Stelleninsetrate. Im Moment ist die Stellenausschöpfung sehr gut. Ärztinnen und Ärzte in der Assistenzphase arbeiten gern im Stadthospital. Es ist davon auszugehen, dass sie entsprechende Bedingungen vorfinden oder bereit sind, einen geeigneten Beschäftigungsgrad auszuhandeln. Eine Auswertung des Schweizerischen Instituts für ärztliche Weiter- und Fortbildung zeigt, dass das Stadthospital in vielen Kliniken sehr gut abschneidet. Lisa Diggelmann (SP) erwähnte das Programm. Das Wort lässt einen aufhorchen, aber damit allein ist es nicht getan. Wir wissen, dass der ärztliche Nachwuchs belastet ist. Das Stadthospital ist aufgefordert, seine Bemühungen im Pilotprojekt zum Arbeitszeitmodell 42+ voranzutreiben. Noch besser wäre eine 35-Stunden-Woche im Schichtbetrieb.

Weitere Wortmeldungen:

Lisa Diggelmann (SP): *Es erstaunt mich, dass sich genau jene Partei gegen mehr Teilzeitstellen stellt, die in ihrer Fraktionserklärung die Schichtmitarbeitenden unterstützen wollte. Das ist auch ein Statement. Beim vorherigen Antrag hiess es in der Begründung, die angespannte Personalsituation auf ärztlicher Seite sei ein Problem. Mit mehr Teilzeitstellen könnte man dem entgegenwirken, weil man für mehr Leute attraktiver ist. Und selbstverständlich können wir eine Kennzahl einführen. Ich habe die Zahlen aus dem Jahr 2023 erwähnt. Man könnte diese Zahlen jedes Jahr zur Kenntnis nehmen. Oder wir möchten das verändern und mehr Teilzeitstellen schaffen, dies steuern und Einfluss nehmen. Dass jene Partei, die sich wie wir gegen eine Ausgliederung des Stadthospitals gewehrt hat, der Meinung ist, dass es bei den Teilzeitstellen, den Mitarbeitenden und beim Schichtpersonal genügt, etwas auszuweisen und man nicht mitgestalten will, erstaunt mich sehr. Ich bedaure, dass wir keinen gemeinsamen Weg gefunden haben. Gute Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung sind wichtig.*

Sven Sobernheim (GLP): *Geschätzte Ärztinnen, leider haben wir jetzt Dezember und unsere Steuerungsgrösse noch nicht erreicht. Wir ziehen jetzt ein Los oder Sie können sich freiwillig melden, welcher Drittel das Pensum reduziert. So würde die Umsetzung einer Steuerungsgrösse aussehen, wenn der Stadtrat diese in einem Globalbudget leben würde. Eine Steuerungsgrösse muss mit allen Mitteln erfüllt werden. Die Pensumsreduktion von Mitarbeitenden wäre möglich; wir würden ihnen zwar weiterhin den Lohn bezahlen, aber es wäre eine Umsetzung. Ob das jene Umsetzung ist, die Sie sich erhoffen, wage ich zu bezweifeln. Eine Steuerungsgrösse soll zudem für den Gesamtbetrieb massgebend sein. Sie picken eine kleine Berufsgruppe raus.*

Tanja Maag (AL): *Ich möchte einen Punkt aufgreifen, den Lisa Diggelmann (SP) erwähnte. Die unterbesetzten Stellen in der Fachärzteschaft in den Gesundheitsdiensten der Stadt Zürich arbeiten meines Wissens nicht alle im Schichtbetrieb, sondern auch im Tagesbetrieb. Ich habe aus der Bearbeitung von Rechnung und Budget nicht rausgehört, dass es wegen der Arbeitszeiten ein Problem sei. Ich denke, das Problem ist eher, dass die Abteilung in einer grossen Umstrukturierung ist. Es gibt auch wieder eine neue leitende Stelle. Ich habe deutlich genug gesagt, weshalb wir das nicht als Steuerungsgrösse sehen und weshalb wir uns ganz klar nicht gegen Teilzeitarbeit stellen wollen.*



Florian Utz (SP): Wir haben uns in der RPK ausführlich erklären lassen, was genau eine Steuerungsgrösse ist und wie sie wirkt. Die Steuerungsgrösse hat im Wesentlichen die Wirkung eines Postulats. Wenn die Steuerungsgrösse nicht eingehalten wird, wird niemand zur Teilzeitarbeit gezwungen. Wir wollen, dass in den Spitälern mehr in Teilzeitstellen angestellt wird. Niemand glaubt, dass nur 13 Prozent – wenn ich es richtig im Kopf habe – der Assistenzärztinnen und Assistenzärzte Teilzeit arbeiten wollen und es bei den Chefärzten plötzlich um die 50 Prozent sind. Eine so grosse Divergenz gibt es kaum auf freiwilliger Basis. Deshalb wollen wir dies steuern. Damit endlich mehr Teilzeitstellen für jene, die wollen, angeboten werden. Es ist bedauerlich, dass die AL lieber zur Kenntnis nehmen will, dass es kein Angebot für Teilzeitstellen gibt, anstatt mitzusteuern.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: Es gibt Angebote für Teilzeitstellen bei Assistenzärztinnen und Assistenzärzten. Es ist so, dass die meisten – wir können es nicht zu 100 Prozent garantieren – Assistenzärzt*innen, die Teilzeit arbeiten möchten, bei uns Teilzeit arbeiten können. Fakt ist, dass die meisten dies nicht wollen. Genau deshalb ist eine Kennzahl das richtige und eben keine Steuerungsgrösse, bei der wir Vorgaben machen müssen, dass 20 Prozent unserer Assistenzärzt*innen ihre Ausbildung in Teilzeit absolvieren müssen. Das hat nichts mit gesellschaftlichem Wandel zu tun oder damit, dass wir gegen Teilzeitstellen wären. Im Gegenteil: Das Stadtspital ist ein Vorbild, was Teilzeitstellen betrifft – auch bei der Ärzteschaft. Wir haben bei den Oberärzten mehr als 50 Prozent Teilzeitarbeitende, bei den leitenden Ärztinnen sind es gut 30 Prozent. Das ist ein grosser Anteil. Auch bei den Assistenzärzt*innen ist es machbar. Die meisten möchten es nicht, weil sie ihre Ausbildung schnell abschliessen wollen. Das macht in vielen Fällen Sinn. Deshalb ist die Kennzahl richtig und wichtig, aber die Steuerungsgrösse ein falsches Signal.

S. 76	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT
	3035	Stadtspital Zürich
	PG 1	Medizinische Dienstleistungen Standort Triemli (inkl. Europaallee)
		D Steuerungsvorgaben

			Stimmen
053.	Antrag Stadtrat	Mehrheit	Tanja Maag (AL) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)



23 / 45

Die Minderheit der RPK beantragt, die folgenden Steuerungsvorgaben einzuführen und auf jeweils «mindestens 20 %» festzulegen:
Anteil der Assistenzärzt*innen mit Teilzeitpensum (Pensum 80 % oder tiefer), Anteil der Oberärzt*innen mit Teilzeitpensum (Pensum 80 % oder tiefer) und Anteil der Leitenden Ärzt*innen (Pensum 80 % oder tiefer)

Minderheit

Leah Heuri (SP) Referat,
Dr. Florian Blättler (SP),
Felix Moser (Grüne),
Florian Utz (SP), Barbara
Wiesmann (SP)

Begründung: Umsetzung des vom Gemeinderat überwiesenen Globalbudgetantrags
GR Nr. 2024/44

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 61 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 054.

Wortmeldungen siehe Antrag 053.

S. 83 **30**
 3035
 PG 2 **GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT**
 Stadthospital Zürich
 Medizinische Dienstleistungen Standort Waid
 D Steuerungsvorgaben

054. Antrag Stadtrat

Mehrheit

Stimmen

Tanja Maag (AL) Referat,
Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vizepräsidium
Martin Bürki (FDP),
Pärparim Avdili (FDP),
Markus Haselbach (Die
Mitte), Johann Widmer
(SVP)

Die Minderheit der RPK beantragt, die folgenden Steuerungsvorgaben einzuführen und auf jeweils «mindestens 20 %» festzulegen:
Anteil der Assistenzärzt*innen mit Teilzeitpensum (Pensum 80 % oder tiefer), Anteil der Oberärzt*innen mit Teilzeitpensum (Pensum 80 % oder tiefer) und Anteil der Leitenden Ärzt*innen (Pensum 80 % oder tiefer)

Minderheit

Leah Heuri (SP) Referat,
Dr. Florian Blättler (SP),
Felix Moser (Grüne),
Florian Utz (SP), Barbara
Wiesmann (SP)

Begründung: Umsetzung des vom Gemeinderat überwiesenen Globalbudgetantrags
GR Nr. 2024/44

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 58 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



Antrag 055.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Leah Heuri (SP): Mit einem Budget für einen E-Cargo-Bonus setzen wir ein wichtiges Zeichen für die Verkehrswende und die Unterstützung des lokalen Gewerbes. Der Bonus ermöglicht es dem Gewerbe, die hohen Einstiegskosten für E-Cargo-Bikes zu bewältigen und so aktiv zur Reduktion von CO₂-Emissionen, Lärm und Platzbedarf in unserer Stadt beizutragen. Die Kritik, ein solcher Bonus sei nicht notwendig, ignoriert die Realität von Kleingewerbebetrieben, die aufgrund finanzieller Hürden weiterhin auf Verbrennungsmotoren angewiesen sind. Es geht nicht um Gewerbe, das auf den Hubraum eines Autos angewiesen ist, um Werkzeug oder Material zu transportieren, sondern beispielsweise um IT-Gewerbe, das nicht viel transportieren muss. Mit dem Budgetantrag geben wir dem Stadtrat die finanziellen Ressourcen, um das Postulat umzusetzen und einen Anreiz zu schaffen, der dem Klima und der Lebensqualität in Zürich zugutekommt.

Martin Bürki (FDP): Die Minderheit stellt sich auf die Seite des Stadtrats. Eine spezielle Budgetierung für dieses Vorhaben ist nicht nötig.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Dem Antrag liegt ein Postulat zugrunde. Dieses forderte den Stadtrat auf, zu prüfen, wie hoch die finanziellen Beiträge für eine nachhaltige Unterstützung sein sollen. Scheinbar hat sich seit der Überweisung des Postulats im April 2023 für die Postulantinnen ergeben, wie viel sie budgetieren wollen. Allerdings ist uns unklar, wie viel dieses Budget bringen soll. Erfragt wurden 250 000 Franken, was 120 Anträgen entspricht. Jetzt sind wir bei 70 Anträgen. Die GLP unterstützte das Postulat. Aber im Budget irgendeinen Betrag einzustellen, halten wir für falsch.

Martina Zürcher (FDP): Diesen Bonus gibt es bereits. Er heisst Verkehrsabgaben. Diese bezahlt man nicht, wenn man ein Elektrofahrzeug nutzt. Bei einem benzinbetriebenen Lieferwagen bezahlt man dem Kanton Zürich jährlich bis zu 3000 Franken.

S. 274	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
	3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz			
	3635 00 000	Beiträge an private Unternehmungen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
055.	Antrag Stadtrat			2 900 000 Minderheit	Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Përparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)



25 / 45

150 000 3 050 000 Mehrheit

Leah Heuri (SP) Referat,
Dr. Florian Blättler (SP),
Tanja Maag (AL), Felix
Moser (Grüne), Florian Utz
(SP), Barbara Wiesmann
(SP)

Begründung: Unterstützung des Gewerbes mit einem eCargo-Bonus

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT

Antrag 056.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Florian Utz (SP): Wir befinden uns bei einem Evergreen: den 500 Veloparkplätzen, die wir bereits im letzten und vorletzten Budget beantragten. Es sollen zusätzliche Veloparkplätze geschaffen werden, weil es in der Stadt viel zu wenig freie Veloparkplätze gibt. Die Anträge wurden in den letzten Jahren hervorragend umgesetzt. Auch in diesem Jahr erhielten wir vom Tiefbau- und Entsorgungsdepartement die Auskunft, dass von den geforderten 500 zusätzlichen Veloparkplätzen bereits 450 geschaffen wurden. Informell erfuhren wir, dass es sogar bereits über 500 zusätzliche Veloparkplätze sind. Es ist also ein Antrag, der sich gut bewährt. Deshalb stellen wir ihn auch für das nächste Jahr. Die Nachfrage nach Veloparkplätzen ist immer noch grösser als das Angebot.

Sven Sobernheim (GLP): Wir schaffen im Jahr 2025 fast endlos viele Veloabstellplätze – sie werden einfach von PubliBike privatisiert. Gemäss Velostrategie 2030 ist das Erstellen von Veloabstellplätzen eine Daueraufgabe des Tiefbauamts (TAZ). Wir könnten natürlich sagen, dass die Vorsteherin diese Daueraufgabe nicht wahrnehme oder man ihr diese nicht zutraue. Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) glaubt aber, dass die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements die Strategie, die sie selber erschaffen hat, auch umsetzen will. Aus Sicht der GLP kann ich ergänzen, dass das Problem eher bei den grossen Würfeln und nicht bei den kleinen Massnahmen liegt. Es werden endlos Randsteine abgesenkt oder ein paar Veloabstellplätze auf ein Parkfeld gebaut. Das ist zwar schön, aber bringt uns bei den Velorouten nicht weiter.



26 / 45

Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP): Wenn man das Haus verlässt, macht es auf dem Trottoir «wumm», Velo von links, «wumm», Velo von rechts. Die Velos sind langsam eine Seuche, die man eindämmen muss. Da braucht es keine Parkplätze. Ihr baut Parkplätze fürs Auto ab, damit es weniger Autos gibt. Ich will weniger Velos in dieser Stadt, also gibt es auch keine Veloparkplätze mehr. Bitte stellt das Velo in den eigenen Keller, lasst es dort und geht zu Fuss oder mit dem Auto. Nieder mit dem Velo.

Florian Utz (SP): Selbstverständlich geht es um Parkplätze für den Ziel- und nicht für den Abfahrtsort. Mit dem Auto fährt man auch nicht von zu Hause nach zu Hause, sondern an einen anderen Ort. Viel interessanter ist aber, dass die GLP-Fraktion offensichtlich zusammen mit der «Nieder mit dem Velo»-Fraktion stimmt. Viel Spass.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Simone Brander: Bereits letztes Jahr wurde eine gleichlautende Bestellung aufgegeben, deshalb kurz zur Bilanz: In diesem Jahr wurden 450 zusätzliche Veloabstellplätze gebaut. Wir liegen also etwas unter dem Zielwert. Aber Florian Utz (SP) hat es angesprochen: Über die koordinierten Strassenbauprojekte wurden noch 74 Veloabstellplätze realisiert. Insgesamt hätten wir damit mehr als 500 realisiert. Wir werden auch im nächsten Jahr Veloabstellplätze bauen und wieder eine Punktlandung anstreben.

S. 287	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
	3515	Tiefbauamt			
	3141 00 000	Unterhalt Strassen und Verkehrswege			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
056.	Antrag Stadtrat			24 878 700 Mehrheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
			550 000	25 428 700 Minderheit	Florian Utz (SP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Felix Moser (Grüne), Barbara Wiesmann (SP)
				Enthaltung	Tanja Maag (AL)
		Begründung: Schaffung von 500 neuen Veloparkplätzen			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:



27 / 45

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 53 gegen 60 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Der Antrag scheitert jedoch am Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse.

Der Ratspräsident ordnet für den Antrag der Minderheit eine Quorumsabstimmung an.

Für den Antrag der Minderheit stimmen 63 Ratsmitglieder. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 057.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Sven Sobernheim (GLP): Im ersten Quartal 2025. So lautet das aktuellste Versprechen, wann wir die Elektromobilitätsstrategie des Tiefbauamts (TAZ) endlich endlich endlich sehen dürfen. Termine haben wir schon viele gehört. Das ist auch der Grund, weshalb ich keinen müden Rappen darauf setzen würde, dass die Strategie im ersten Quartal 2025 tatsächlich kommt. Aber wenn es so sein sollte, sollten wir mit der Umsetzung nicht noch ein Jahr verlieren. Es gilt wie immer das Drei-Säulen-Modell: Verkehr vermeiden, Verkehr verlagern und den restlichen Verkehr elektrifizieren. Bei den ersten beiden Säulen bemüht sich die Stadt oder versucht es zumindest. Bei der dritten Säule tut sie sich mehr als schwer. Das sieht man an dieser Anekdote: Plötzlich stand beim Bezirksgericht eine Ladestation. Der «Tages-Anzeiger» fragte, wem diese Ladestation gehöre. Das TAZ wusste von nichts und verwies an die Dienstabteilung Verkehr (DAV). Diese verwies ans Elektrizitätswerk (ewz), das verlauten liess, man habe eine Ladestation gebaut. Es handle sich um ein Geschenk der ABB aus dem Jahr 2019. Wenn wir unser Elektromobilitätskonzept so umsetzen, wird es schwierig mit Netto-Null.

Felix Moser (Grüne): Auch ich warte gespannt auf das Elektromobilitätskonzept. Weil wir aber noch nicht wissen, was drinsteht, möchten wir noch kein Geld für die Umsetzung einstellen. Wir möchten das Konzept zuerst diskutieren. Wir kaufen lieber etwas, das wir kennen und keinen Sack, bei dem wir nicht wissen, was drin ist. Deshalb werden wir mit dem Stadtrat stimmen und kein zusätzliches Geld einstellen.



28 / 45

S. 292	35 3515 513000 5010 00 000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Bau von Strassen: Sammelkonto Strassen und Verkehrswege				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
057.	Antrag Stadtrat				6 991 800	Mehrheit
				1 000 000	7 991 800	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
						Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Umsetzung Elektromobilitätskonzept			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 70 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 058.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Sven Sobernheim (GLP): Wir bewegen uns in unbekannten Gefilden: Wir gehen nach Zürich-Nord. Obwohl eine deutliche Mehrheit des Gemeinderats keinen Kreisel Birchplatz wollte, hat das Tiefbauamt (TAZ) diesen provisorisch gebaut. Für Velos ist das objektiv und subjektiv ein Sicherheitsproblem. Doch wir können eine Mikrolösung anbieten. Im ersten Quartal 2025 soll die Stadt endlich die ABB-Halle übernehmen. Wir erhalten also ein kleines Stück privates Land, das man als öffentliche Hand nutzen kann, um eine Querverbindung zu machen. Es braucht zwei Schilder und man muss ein paar Gleise abkleben, die keinen Ein- und Ausgang mehr haben. Es ist nicht die perfekte Lösung, aber es ist ein Ausweg, um die Fleischbremse Birchplatz umfahren zu können.

Johann Widmer (SVP): Der Stadtrat hat 3,6 Millionen Franken auf dem Konto 5010 für Radwege eingestellt. Eine Mehrheit des Gemeinderats fordert zusätzlich 10 000 Franken. Ich glaube nicht, dass der Stadtrat diese lumpigen 10 000 Fränkli braucht, um eine



Veloverbindung über das Areal zwischen der Birchstrasse und der Affolternstrasse zu realisieren. Das Areal wird bald umgenutzt, eine Veloverbindung ist sowieso geplant.

S. 298	35 3515 515000 5010 00 000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Tiefbauamt Bau von Radfahrradanlagen: Sammelkonto Strassen und Verkehrswege				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
058.	Antrag Stadtrat				3 621 500	Minderheit
				10 000	3 631 500	Mehrheit
		Begründung:	Ermöglichen einer öffentlichen Veloverbindung zwischen Birchstrasse / Sophie-Taeuber-Strasse sowie Erika-Mann-Strasse / Affolternstrasse zur Verbindung Birchstrasse – Oleanderstrasse auf Kat-Nr. OE6354 als Zwischennutzung			
			Johann Widmer (SVP) Referat, Markus Haselbach (Die Mitte)			
			Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 059.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Martin Bürki (FDP): Wir sprechen wieder einmal über Entsorgungscoupons. Es geht um das vom Gemeinderat überwiesene Postulat GR Nr. 2024/413. Wir möchten einen Betrag einstellen, falls der Stadtrat im Jahr 2025 zum Schluss kommt, dass er das Postulat umsetzen möchte. In diesem Fall sollen die nötigen Mittel bereits im Budget sein. Es war schwierig, die Kosten zu evaluieren, weil die Antworten des Stadtrats nicht sehr präzise waren. Wir mussten deshalb die Kosten für die Erstellung des Abfallkalenders aus der ersten Lesung nehmen plus eine eigene Recherche dazu anstellen, was ein PromoPost-Versand an alle Haushalte der Stadt kosten würde. Wir denken, dass die 300 000 Franken dafür reichen sollten. Wir hoffen, dass der Stadtrat im Jahr 2025 zum



Schluss kommt, dem Postulat Folge zu leisten. Das würde insbesondere die inzwischen mehr als 5000 Leute, die die Petition unterschrieben haben, freuen. Es würde ausserdem Hunderte von Kommentarschreibern unter Zeitungsartikeln freuen. Es würde auch die Mehrheit des Gemeinderats, der das Postulat mit 91 zu 16 Stimmen überwiesen hat, und besonders die beiden Postulanten Flurin Capaul (FDP) und mich sehr freuen.

Felix Moser (Grüne): *Die Abschaffung der Coupons ist eine sehr ökologische Massnahme. Jeder und jede soll für den Abfall, den er oder sie verursacht, bezahlen. Konsum ist einer der grössten Abfallverursacher. Wenn man für den Abfall bezahlen muss, überlegt man sich vielleicht zweimal, ob man wirklich neue Möbel braucht oder ob nicht ein altes Möbelstück repariert oder restauriert werden kann. Wer seine Möbel nicht reparieren kann, weil er sie billig eingekauft hat oder der Meinung ist, er brauche etwas Neues, soll bezahlen, wenn er sie entsorgen oder weiterverwerten will. Es ist ein völlig falscher Anreiz, noch Entsorgungsgutscheine zu verteilen. Wir sind froh, dass diese abgeschafft werden und wir sind auch dafür, dass dies sofort geschieht.*

Weitere Wortmeldungen:

Beat Oberholzer (GLP): *Ich bin ähnlicher Meinung wie Felix Moser (Grüne). Aber der Entscheid, die Coupons zwei Monate vor dem Versand sofort abzuschaffen, scheint uns komisch. Mit dem Postulat haben wir STR Simone Brander den roten Teppich für eine Übergangslösung ausgerollt. Die Briefe von Entsorgung + Recycling Zürich sind ohne Coupons gekommen, deshalb rollen wir mit dem Budgetantrag einen zweiten roten Teppich aus. Damit sollte die Übergangslösung möglich sein. Mich plagt die Sorge, dass wichtige Weisungen für die Kreislaufwirtschaft ständig unter dem Damoklesschwert der abgeschafften Coupons stehen oder wichtige Geschäfte blockiert werden könnten.*

Stephan Iten (SVP): *Dass ich mir von einem Velofahrer etwas über das Verursacherprinzip sagen lassen muss, ist speziell. Wenn ich Felix Moser (Grüne) richtig zuhöre, gehe ich davon aus, dass die Grünen die Weisung zu den mobilen Recyclinghöfen ablehnen werden und noch ein Kürzungsantrag von vier Millionen Franken kommt.*

Benedikt Gerth (Die Mitte): *Ich kann Stephan Iten (SVP) ausnahmsweise zustimmen. Insbesondere weil es stossend ist, dass dieselben Personen bei unterschiedlichen Entsorgungsstationen unterschiedlich behandelt werden. Für uns ist es wichtig, dass der Stadtrat aus dem Betrag, sollte er ins Budget kommen, etwas macht und uns nicht noch einmal verhöhnenpipelt, wie das in der Kommission mit den Gutscheinen der Fall war. Wir werden sicher einen Weg finden, diese Gutscheine wieder einzuführen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.



STR Simone Brander: Das überwiesene Postulat wurde bereits angesprochen. Es handelt sich um einen Prüfauftrag, der dem Stadtrat einen gewissen Spielraum gibt. Innerhalb dieses Spielraums können wir den Auftrag im Sinne der Klimaziele und der Kreislaufwirtschaft umsetzen. Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass Entsorgungscoupons nicht mehr wie früher gehandhabt werden können. Mit der Umsetzung der Kreislaufwirtschaftsstrategie bauen wir das Angebot stark aus und schaffen diverse neue Angebote. Das Parlament bekannte sich immer klar zu den Klimaschutzzielen. Ich hoffe, es ist auch weiterhin konsequent und steht zu seiner Grundhaltung. Die subventionierte Gratisentsorgung mit dem Privatauto ist nicht mehr zeitgemäss und sollte der Vergangenheit angehören. Ich möchte nicht, dass die Zürcher Gewerbebetreibenden weiterhin die Gratisentsorgung ein paar weniger Haushalte finanzieren müssen.

S. 311	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
	3550	Entsorgung + Recycling Zürich, Abfall			
	3102 00 000	Drucksachen, Publikationen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
059.	Antrag Stadtrat			1 036 800	Minderheit
			300 000	1 336 800	Mehrheit
		Begründung: Nochmaliger Versand an alle Haushalte, dieses Mal mit zwei gratis Entsorgungscoupons, wie im Dringlichen Postulat GR Nr. 2024/413 angeregt, das dem Stadtrat mit 91 gegen 16 Stimmen überwiesen wurde			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



HOCHBAUDEPARTEMENT

Gemeinsame Behandlung der Anträge 060. bis 064.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Flurin Capaul (FDP): *Es ist wichtig vorzuschicken, dass wir uns nicht gegen betriebliches Gesundheitsmanagement wenden. Das ist im Grundsatz eine gute Sache. Wir finden es aber kritisch, dass unter diesem Deckmantel eine Ungleichbehandlung von Mitarbeitern stattfindet. Es wird eine Art zusätzlicher Fringe Benefit geschaffen und es beinhaltet – das ist jetzt persönlich – auch Gugus. Unter betriebliches Gesundheitsmanagement fallen Dinge wie gratis Obst, Bouillon an kalten Tagen oder Sportabos. Ob Mitarbeitende in den Genuss dieser Leistungen kommen, ist davon abhängig, wer ihr Chef oder ihre Chefin ist. Es finden unter anderem auch Jin Shin Jyutsu Kurse statt. Ich wusste nicht, was das ist. Auf Wikipedia heisst es, Jin Shin Jyutsu arbeite mit sogenannten Qi-Meridianen – Energiebahnen. Diese kämen auf den 26 Sicherheitsenergieschlössern zu liegen. Das Qi soll nach Ansicht der Anwender Leben in den menschlichen Körper bringen und ihn auf energetischer und feinstofflicher Ebene bauen. Das ist für uns wirklich Gugus. Wir sind der Ansicht, dass erst die Baubewilligungen fliessen sollten, bevor das Qi fliesst. Ich wurde kritisiert, dass die Kürzungsanträge zu wenig präzise ausgearbeitet und einseitig gegenüber dem Hochbaudepartement (HBD) seien. Das ist vielleicht tatsächlich so, aber das HBD ist eines meiner Lieblingsdepartemente.*

Dr. Florian Blättler (SP): *Wir sprechen über die Massnahmen zum betrieblichen Gesundheitsmanagement, welche die FDP im HBD flächendeckend abschaffen will. Ich gebe Flurin Capaul (FDP) recht: Es gibt einige Massnahmen, die vermutlich keine nachweisbare Wirkung haben. Schaut man genauer hin, sieht man aber, dass sämtliche Massnahmen – mit einer Ausnahme – ohne Kostenfolge für die Stadt angeboten werden. Das heisst, es sind Mitarbeitende, die sie in ihrer Freizeit anbieten. Es handelt sich um die Eigenverantwortung, die von der FDP immer eingefordert und vielleicht manchmal von ihr selbst zu wenig gezeigt wird. Ein Grossteil der erbrachten Leistungen haben einen nachgewiesenen Nutzen für den Arbeitgeber. Krankheitstage können reduziert und die Motivation erhöht werden. Dadurch wird die Fluktuation der Mitarbeitenden reduziert. Die Mittel – wir sprechen von ein paar 10 000 Franken über das gesamte HBD – sind Geld, das wir danach um ein Mehrfaches sparen. Es handelt sich um ideologisch getriebene Anträge. Es geht darum, das zu streichen, was man nicht zahlen muss, ohne die Konsequenzen oder das, was am Schluss die Steuerzahler*innen an Mehrkosten bezahlen müssen, zu berücksichtigen. Es handelt sich um eine Neiddebatte. Vielleicht sollten wir einmal über alle Massnahmen zum betrieblichen Gesundheitsmanagement diskutieren und eine datenbasierte Kosten-Nutzen-Analyse durchführen.*



Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Die GLP flüchtet sich in die aktive Enthaltung. Wir erkennen die Problematik, dass das HBD das Opfer ist. Die Massnahmen zum betrieblichen Gesundheitsmanagement wurden vor ein paar Jahren eingeführt. Die einen erhalten ein übertragbares Sportabo, gleichzeitig haben sie über die zentralen Fringe-Benefits die reduzierten Eintrittsmöglichkeiten. Wir wissen noch nicht, welche dezentralen Fringe-Benefits das HBD anbietet, aber die Wahrscheinlichkeit, dass es Gesundheitskosten und auch Sportabos sind, ist hoch. Deshalb will die GLP nicht das Zeichen setzen, dass sie alles gut findet. Wir wollen diese Überprüfung und bleiben deshalb in der Enthaltung.

Tanja Maag (AL): Die FDP hat das HBD mit denselben Fragen gelöchert und alle Antworten ergaben in etwa dasselbe. Es sind vergleichbare Beträge. Es geht keiner über 10 000 Franken. Es geht um betriebliches Gesundheitsmanagement. Ich finde es erstaunlich, wie viele sich hier anmassen, Gesundheitswissenschaftler*innen zu sein und behaupten zu können, was wirksam sei und was nicht. Der AL ist wichtig, dass es die Auflage gibt, sich um betriebliches Gesundheitsmanagement kümmern zu müssen. Und dass die Teams dabei mitreden können. Es wäre seltsam, wenn jede Abteilung genau dasselbe machen würde. Es gibt ein Angebot, das Flurin Capaul (FDP) ganz seltsam findet. Dieses Angebot wird von einer Mitarbeiterin kostenlos angeboten. Mir ist nicht klar, was die FDP effektiv wollte – einen wissenschaftlichen Beleg für die Wirksamkeit der Massnahmen, wollte sie die Massnahmen streichen oder es über die ganze Stadt anschauen? Wenn letzteres der Fall wäre, hätte sie die Recherche ausweiten müssen.

S. 337	40 4000 3130 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Hochbaudepartement Departementssekretariat Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
060.	Antrag Stadtrat				393 000 Mehrheit	Dr. Florian Blättler (SP) Referat, Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
			10 000		383 000 Minderheit	Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
					Enthaltung	Präsidium Sven Sobernheim (GLP)
		Begründung:	Betriebliches Gesundheitsmanagement, BGM-Massnahmen 2025: Keine zusätzlichen Fringe Benefits (eigene Weisung), keine Bevorzugung einzelner Angestellten, inhaltlich teilweise hoch dubiose, ja esoterische Massnahmen			



34 / 45

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 70 gegen 31 Stimmen (bei 14 Enthaltungen) zu.

Antrag 061.

Wortmeldungen siehe Antrag 060.

S. 341	40 4015 3099 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Städtebau Übriger Personalaufwand				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
061.	Antrag Stadtrat			137 900	Mehrheit	Dr. Florian Blättler (SP) Referat, Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		10 000		127 900	Minderheit	Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
					Enthaltung	Präsidium Sven Sobern- heim (GLP)
		Begründung:	Betriebliches Gesundheitsmanagement, BGM-Massnahmen 2025: Keine zusätzlichen Fringe Benefits (eigene Weisung), keine Bevorzugung einzelner Angestellten, inhaltlich teilweise hoch dubiose, ja esoterische Massnahmen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 70 gegen 32 Stimmen (bei 14 Enthaltungen) zu.



35 / 45

Antrag 062.

Wortmeldungen siehe Antrag 060.

S. 345	40 4020 3099 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Hochbauten Übriger Personalaufwand	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
062.	Antrag Stadtrat				195 000	Mehrheit
						Dr. Florian Blättler (SP) Referat, Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
				6 000	189 000	Minderheit
						Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
						Enthaltung
						Präsidium Sven Sobern- heim (GLP)
		Begründung:	Betriebliches Gesundheitsmanagement, BGM-Massnahmen 2025: Keine zusätzlichen Fringe Benefits (eigene Weisung), keine Bevorzugung einzelner Angestellten, inhaltlich teilweise hoch dubiose, ja esoterische Massnahmen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 70 gegen 31 Stimmen (bei 14 Enthaltungen) zu.

Antrag 063.

Wortmeldungen siehe Antrag 060.

S. 348	40 4035 3099 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Baubewilligungen Übriger Personalaufwand	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
063.	Antrag Stadtrat				101 000	Mehrheit
						Dr. Florian Blättler (SP) Referat, Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)



36 / 45

4 500	96 500	Minderheit	Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Enthaltung	Präsidium Sven Sobernheim (GLP)
Begründung: Betriebliches Gesundheitsmanagement, BGM-Massnahmen 2025: Keine zusätzlichen Fringe Benefits (eigene Weisung), keine Bevorzugung einzelner Angestellten, inhaltlich teilweise hoch dubiose, ja esoterische Massnahmen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 70 gegen 31 Stimmen (bei 13 Enthaltungen) zu.

Antrag 064.

Wortmeldungen siehe Antrag 060.

S. 351	40 4040 3099 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Übriger Personalaufwand				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
064.	Antrag Stadtrat				465 800 Mehrheit 33 800 N	Dr. Florian Blättler (SP) Referat, Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
			10 600		489 000 Minderheit	Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
					Enthaltung	Präsidium Sven Sobernheim (GLP)
			Begründung: Betriebliches Gesundheitsmanagement, BGM-Massnahmen 2025: Keine zusätzlichen Fringe Benefits (eigene Weisung), keine Bevorzugung einzelner Angestellten, inhaltlich teilweise hoch dubiose, ja esoterische Massnahmen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 70 gegen 32 Stimmen (bei 14 Enthaltungen) zu.



Antrag 066.

Martin Bürki (FDP) zieht den Antrag der Minderheit zurück: Als wir den Antrag stellten, gab es die Berichterstattung in den Zeitungen zu diesem Thema noch nicht. Diese wies daraufhin, dass es mit Instagram und TikTok praktisch nicht mehr möglich sei, dort vernünftig zu arbeiten. Deshalb werden wir den Antrag zurückziehen. Es gibt aber einen Punkt, den ich erwähnen möchte: Früher war es ausgewiesenen Stadtführern möglich, dort Führungen zu machen und sich entsprechend anzumelden. Das ist jetzt nicht mehr möglich. Man muss jene Leute nehmen, die zur Verfügung gestellt werden. Vielleicht wäre es eine Möglichkeit, dass man auch angemeldete Gruppen wieder wie früher zulassen könnte. Das ist aber zu wenig, um den Antrag aufrecht zu erhalten.

S. 345	40 4020 3130 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Hochbauten Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
066.	Antrag Stadtrat				474 000	Mehrheit
						Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
				72 000	402 000	Minderheit
						Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
			Begründung:	Giacometti-Halle: Anstelle temporärer Ressourcen für Führungen sollte man das bisherige System, das sich bewährt hat, beibehalten. Daher sind auch keine Scans nötig.		

Martin Bürki (FDP) zieht den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag des Stadtrats zugestimmt.

Antrag 067.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Flurin Capaul (FDP): Das Wesen der Kunstsammlung debattierten wir letztes Jahr ausführlich. Wenn man ein Bild in ein Büro hängt, gibt es eine Beratung in der Kunstsammlung. Dort wird einem gesagt, ob das Bild reinpasst oder nicht und wie es abgestaubt



werden muss. Mit «Worksmart» muss die Kunstsammlung nicht mehr mit jedem persönlich eine Beratung durchführen, sondern einmalig für den Raum. Mit den nicht fix zugeordneten Arbeitsplätzen fällt weniger Arbeit an, daher ist die Erhöhung der Stellen falsch.

Dr. Florian Blättler (SP): Was wir sehen ist ein moderater Stellenausbau um eine halbe Stelle. Die Stadt hat eine sehr umfangreiche Kunstsammlung. Die Idee wäre, dass auch der Besitzer dieser Kunstsammlung – die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt – diese geniessen können. Die öffentliche Zugänglichmachung ist ein Grund für den Stellenausbau. Zweitens ist es anspruchsvoller, ein Grossraumbüro zu gestalten als ein Büro für eine Einzelperson. Bei einem Einzelbüro kann man die Person fragen, was ihr gefällt und das Bild aufhängen. In einem Grossraumbüro arbeitet ein ganzes Team, das sich wohlfühlen muss. Aber vermutlich handelt es sich hier wieder um eine Neiddebatte. Eigentlich würde es ja reichen, die städtischen Angestellten in einen Luftschuttkeller zu stecken und wenn die Moral oder Arbeitsleistung darunter leidet, ist es deren Schuld.

Weitere Wortmeldung:

Sven Sobernheim (GLP): Spätestens beim zweiten Punkt ist der Mehrheitssprecher etwas abgedriftet. «Worksmart» meint, dass man «shared desks» hat. Und ja, die städtische Kunstsammlung wird umfangreicher. Wir möchten mehr Wechsel in der Sammlung und dass die Kunst zugänglich und online dokumentiert ist. Deshalb sind wir beim Stadtrat – nicht, weil wir Angst hätten, dass Mitarbeitende in den Zivilschutzkeller müssen.

S. 350	40 4040 3010 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
067.	Antrag Stadtrat				43 053 800 Mehrheit 1 495 600 N	Dr. Florian Blättler (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
			60 000		44 489 400 Minderheit	Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Streichung von 0,6 Stellen für die Kunstsammlung. Mit «worksmart» werden stadtweit fix zugeteilte Büroarbeitsplätze durch flexible «shared desk» abgelöst. Die Notwendigkeit, dass individuelle Büronutzende ihre Büros einrichten und dazu eine Beratung der Fachstelle Kunstsammlung in Anspruch nehmen müssen, entfällt. «Worksmart»-Räume können zentral und einmalig mit Bildern bestückt werden.			



Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 068.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Flurin Capaul (FDP): Es handelt sich um einfache Mathematik und nicht um Ideologie, wie Dr. Florian Blättler (SP) jeweils sagt. Die Teuerungsannahme von 3 Prozent ist massiv zu hoch. Das sagen nicht nur wir, sondern auch das Bundesamt für Statistik (BFS). Die Bauteuerung beträgt ungefähr 1 Prozent – sowohl für Hochbauten wie auch für die Bauregion Zürich. Wird mit 3 Prozent gerechnet, schafft man Reserven der Reserven. Das möchten wir nicht. Im Notfall kann man einen Nachtragskredit beantragen.

Tanja Maag (AL): Der Mehraufwand auf diesem Konto ist in der Budgetvorlage mit einer Abweichung in der Höhe von rund 10 Million Franken gegenüber dem Vorjahr aufgeführt worden. Mit dem Novemberbrief hat sich der Saldo noch einmal verändert. Es handelt sich um Mehrkosten aus einem Budgetübertrag, die allgemeine Teuerung sowie weitere Interventionen im Bereich Gebäudetechnik. Mit dem Novemberbrief wurde auch die Gebäudereinigung wieder in die Stadt integriert. Jetzt stört sich die Minderheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) an den Angaben von Immobilien Stadt Zürich (IMMO) zur allgemeinen Teuerung von 3 Prozent, weil die Inflationserwartung von der Konjunkturforschungsstelle auf höchstens 1 Prozent benannt wurde. Andere Stellen wie die Eidgenössische Finanzverwaltung gehen von 1 bis 1,4 Prozent aus. Aber die IMMO hat zum Zeitpunkt der Budgetierung mit der Teuerung gerechnet, die damals zu erwarten war. Die Mehrheit der RPK respektiert das. Am Schluss kritisiert der Gemeinderat oft, wenn ein Unterhalt oder eine Instandsetzung teurer wird als vorgesehen.

S. 352	40	HOCHBAUDEPARTEMENT				
	4040	Immobilien Stadt Zürich				
	3144 00 000	Unterhalt Hochbauten, Gebäude				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
068.	Antrag Stadtrat				83 084 200 Mehrheit -930 000 N	Tanja Maag (AL) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
			1 000 000		81 154 200 Minderheit	Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Përparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)



40 / 45

Begründung: Gemäss Bundesamt für Statistik (BFS) betrug die Bauteuerung im Hochbau zwischen April 2023 und April 2024 (die neusten Zahlen erscheinen am 19.12.2024) 0,8 % schweizweit und 1,1 % in der Grossregion Zürich. Die 3 % als Annahme schaffen zusätzliche Reserven auf Vorrat.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 069.

Reto Brüesch (SVP) zieht namens der SVP-Fraktion den Antrag der Minderheit zurück.

S. 354	40	HOCHBAUDEPARTEMENT			
	4040	Immobilien Stadt Zürich			
	4920 00 000	Interne Verrechnung von Pacht, Mieten, Benützungskosten			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
069.	Antrag Stadtrat			-451 721 000 Mehrheit	Dr. Florian Blättler (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
			13 000 000	-438 721 000 Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referat
				Enthaltung	Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP)
		Begründung: Tiefere Mietzinse durch Anpassung der Kostenmiete an wahrscheinlich tieferen Referenzzinssatz auf 1,5 % ab März 2025			

Reto Brüesch (SVP) zieht namens der SVP-Fraktion den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag des Stadtrats zugestimmt.

Antrag 070.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Johann Widmer (SVP): Für die Umbauten mehrerer Schulhäuser sind kleinere und grössere Beträge budgetiert; einmal zum Beispiel 900 000 Franken für irgendein Schulhaus. Wir sind der Meinung, dass die Tagesschule gescheitert ist. Es ist ein Dauerstress für die Schüler, die den ganzen Tag in der Schule sein müssen. Es ist ein Dauerstress



und eine komplette Überforderung für die Lehrer, die ohne Pause den ganzen Tag in der Schule sitzen müssen. Die Tagesschule hat ausgedient. Man sollte sie abschaffen. Deshalb ist die SVP der Meinung, dass man diese Ausbauten nicht mehr machen soll. Irgendwann kehrt auch in der Schulpolitik wieder Vernunft ein. Deshalb wollen wir die 900 000 Franken exemplarisch bei einem der Schulhäuser streichen.

Tanja Maag (AL): *Ich bin froh, hat es Johann Widmer (SVP) selber gesagt. Ihr habt exemplarisch einfach irgendein Schulhaus rausgepickt. Im Gegensatz zur Minderheit der RPK weiss die Mehrheit, dass eine Tagesschule nebst dem Raum für Unterricht auch Raum für die Verpflegung und Betreuung braucht. Zudem gelten für Schulen verbindliche Raum- und Flächenstandards, die im Jahr 2022 sogar empfindlich reduziert wurden. Wenn die SVP in der Recherche schon so schlecht ist, könnte sie wenigstens in der Lokalzeitung «Zürich24» den Beitrag von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) zu den Tagesschulen lesen. Dann hätte sie gesehen, dass sogar mit den minimierten Flächenstandards noch versucht wird, Raum rauszuholen, indem beispielsweise der Vorraum der Klassenzimmer genutzt oder gestaffelt Mittagspause gemacht wird.*

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): *Ich darf die Volkspartei daran erinnern, dass es im September 2022 eine Volksabstimmung über die flächendeckende Einführung der Tagesschule gab. 80 Prozent der Stimmberechtigten haben zugestimmt. Im Abstimmungsbüchlein waren die Kosten transparent aufgeführt – sowohl die einmaligen als auch die jährlich wiederkehrenden. Das Geld für die Tagesschulen ist gut investiert. Es handelt sich um eine Investition in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit in die Gleichstellung der Geschlechter. Zudem erhöhen Tagesschulen die Chancengerechtigkeit und die Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen. Das sind grüne Visionen. Die Tagesschulen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung dieser Visionen und die Grünen begrüssen, dass es mit der Umsetzung vorwärtsgeht.*

Johann Widmer (SVP): *Wenn ich euch zuhöre, sehe ich das Problem. Ihr meint, unter dem Deckmantel der Vereinbarkeit von Familie und Arbeit brauche es Tagesschulen. Ihr geht dabei über das Kindeswohl hinweg. In der Abstimmung waren viele der Meinung, das müsse man probieren. Aber am Schluss kostet es viel und bringt nichts.*

Sophie Blaser (AL): *Ich weiss nicht, weshalb Johann Widmer (SVP) für Lehrpersonen spricht. Ich bin froh, dass er wenigstens nur für die Lehrer gesprochen hat. Diese sind scheinbar überfordert. Für Lehrerinnen und non-binäre Personen gilt das offenbar nicht. Kindeswohlgefährdung ist ein heftiger Angriff, der im Übrigen meldepflichtig wäre – die SVP kann sich damit an die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) wenden.*



42 / 45

S. 374	40 4040 500900 5040 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Schulanlage Untermoos: Umbau für Tagesschule Hochbauten	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
070.	Antrag Stadtrat				900 000 Mehrheit	Tanja Maag (AL) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përpärim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
				900 000	0 Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referat
		Begründung:	Die Tagesschule soll mit dem vorhandenen Platz auskommen – keine Investitionen mehr in Tagesschulen.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 10 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 070a.

Tanja Maag (AL) stellt namens der AL-Fraktion folgenden Antrag zum Budget: Der Novemberbrief ist so öffentlich wie die Budgetvorlage. Trotzdem entsteht manchmal das Gefühl, dass gewichtige Posten unter geringerer Aufmerksamkeit noch eingebracht werden. So beantragt der Stadtrat dem Gemeinderat mit dem Novemberbrief 2024 eine Jahrestranche für einen von ihm bewilligten Bauprojektierungskredit in der Höhe von 5,05 Millionen Franken zur Instandsetzung der Personalhäuser im Triemli. Dieser Projektierungskredit basiert auf den Erstellungskosten von rund 66 Millionen Franken. Die hohen Kosten für die kurze Nutzungsdauer wurden im Rahmen der Beratung der Weisung zum Postulat über den Erhalt der Personalhäuser von der Sachkommission Hochbaudepartement, Stadtentwicklung (SK HBD/SE) infrage gestellt. Die SK HBD/SE beschloss Anfang März 2024, bei der Geschäftsleitung einen Antrag zur Ausarbeitung einer neuen Machbarkeitsstudie zu stellen. Dieser Antrag wurde gutgeheissen. Die Erwartung an die neue Studie wäre gewesen, eine Erstellung im Rahmen von 30 Millionen Franken zu prüfen; mit einer Nutzungsdauer bis im Jahr 2040 mit Verlängerungsoption, mit möglichst kleinen Eingriffen in die Statik und nur zwingenden Sanierungsmassnahmen. Leider wurde dieses Vorhaben nicht realisiert. Die Weisung ist nach wie vor pending. Die Entscheidung über eine neue externe Machbarkeitsstudie wurde vertagt und ist davon beeinflusst, dass die Personalhäuser jetzt in einer sinnvollen Nutzung waren:



Es waren städtische Kollektivunterkünfte der Asylorganisation Zürich (AOZ) für geflüchtete Menschen. Das möchte niemand infrage stellen. Ebenso wenig möchten wir damit suggerieren, dass nur günstige Sanierungen für geflüchtete Menschen angebracht wären. Wir möchten darauf hinweisen, dass der Wille des HBD, verschiedene Möglichkeiten anzuschauen und vielleicht 30 Millionen Franken einzusparen, zu hinterfragen ist. Im Wissen darum, dass man dies im Zusammenhang mit einer Nutzung durch die AOZ einfach zur Seite schieben kann und sich niemand traut, das Thema noch einmal anzureissen. Natürlich hat die SK HBD/SE über das weitere Vorgehen und eine allfällige neue Machbarkeitsstudie zu entscheiden. Ein Gegenargument zur Machbarkeitsstudie wäre, dass es lange Verzögerungen gäbe. Hier könnte man erwidern, dass Baubewilligungen für die Erneuerung der Lifte in den Personalthäusern fast noch länger dauern würden. Aus unserer Sicht lohnt sich eine alternative Prüfung immer noch. Deshalb stellen wir den Antrag bei dieser letzten Gelegenheit, den Anteil 2025 um 500 000 Franken zu kürzen – ausgehend von einem Zielbetrag der Erstellungskosten von rund 30 Millionen Franken und dem Projektierungskredit von rund 3,55 Millionen Franken.

Weitere Wortmeldungen:

Nicolas Cavalli (GLP): Was ist das Notwendigste, das für die vorgesehene Nutzung getan werden muss? Tanja Maag (AL) hat es angesprochen, dass alles im Zusammenhang mit der Triemli-Hochhaus-Weisung GR Nr. 2023/315 steht. Dort wurde aufgezeigt, was die Nutzung allenfalls kosten würde. Andererseits steht diese Diskussion auch im STRB Nr. 3311/2024. Auch dort kommt zum Ausdruck, was das Nötigste effektiv kostet. Egal, was wir tun – es wird eine ordentliche Stange Geld kosten. Die Frage, ob wir eine neue Studie machen wollen, stellte sich, bevor wir wussten, dass die AOZ und Sozialen Einrichtungen und Betriebe (SEB) dort Räume erhalten sollen. In der Zwischenzeit ist die Nutzung klar. Ich finde es sehr irritierend, dass ausgerechnet die AL eine Kürzung von 66 auf 30 Millionen Franken verlangt. In der Kommission wurden wir unterrichtet, dass es einen Beschluss des interkantonalen Organs für den Ausbau technischer Handelshemmnisse gibt, der zulässt, dass Brandschutzvorschriften tiefer gesetzt werden dürfen. Wenn ihr noch weiter runter möchtet, sendet das ein falsches Signal. Bei einer Streichung soll man entweder schlechter bauen oder gar nichts machen. Am Schluss haben wir gar nichts und niemand hat gewonnen. Die GLP kann nicht hinter diesem Antrag stehen. Beim Rahmenkredit für den Eurovision Song Contest (ESC) haben wir von der AL gehört, dass sie es komisch finde, eine solche Diskussion ausserhalb der Kommission zu führen. Diese Diskussion soll in der Kommission stattfinden, darum können wir den Kürzungsantrag der AL nicht unterstützen.

Jürg Rauser (Grüne): Die Grünen haben Enthaltung beziehungsweise Stimmfreigabe beschlossen oder auch nicht beschlossen, weil der Antrag kurzfristig gestellt wurde und wir ihn nicht mehr diskutieren konnten. Im Grundsatz können wir aufgrund früherer Diskussionen festhalten, dass wir mit der Haltung der AL insofern einverstanden sind, als dass wir die 66 Millionen Franken sehr viel oder zu viel finden. Insbesondere wenn man, die Lebensdauer bis im Jahr 2040 bedenkt. Dieser Punkt sollte hinterfragt werden. Aber



einfach zu sagen, es sei irgendwie möglich, von 66 auf 30 Millionen Franken zu kürzen, sieht ein Teil der Grünen kritisch. Auf dem Spiel steht das Projekt, dass Geflüchtete dort untergebracht werden können. Wenn es mit den 30 Millionen Franken doch nicht klappt, stehen wir vor einem Scherbenhaufen und das möchte ein Teil der Grünen verhindern.

Flurin Capaul (FDP): Nicolas Cavalli (GLP) hat es bereits gesagt und auch wir finden es irritierend. Diese Diskussion gehört in die Kommission und nicht ins Budget. Es ist vielleicht bezeichnend, dass die Vertreterin der AL, die in dieser Kommission sitzt, zum Zeitpunkt der Begründung nicht im Saal anwesend war. Vielleicht findet sie den Antrag auch irritierend, weil es in der Kommission kein Thema war.

Dr. Florian Blättler (SP): Die SP will der Diskussion in der Kommission nicht vorgreifen und kein Präjudiz schaffen. Deshalb sind wir in der Ablehnung.

Tanja Maag (AL): Ich habe gesagt, dass die weiterführende Diskussion in die Kommission gehört. Es kam aus der Kommission, weil dort nichts passierte. Hier besteht noch einmal die Gelegenheit, inne zu halten und das infrage zu stellen. Ich denke, dass auch mit einer neuen Prüfung wirklich zwingende Sanierungsmassnahmen innerhalb eines nötigen Zeitraums gemacht würden, sodass keine Situation entsteht, die gefährlich ist.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: Wo kommen die rund 30 Millionen Franken her? Dabei handelt es sich um eine Studie der Zürcher Arbeitsgruppe für Städtebau (ZAS) und später der Hochschule Luzern (HSLU). Wir sassen mit den Verfassenden der Studie zusammen, haben es mit ihnen intensiv diskutiert und auseinandergenommen. Bei der Machbarkeitsstudie der Stadt Zürich haben wir festgelegt, dass das für die Bewilligungsfähigkeit absolut Notwendige gemacht wird. Bei der Stadt Zürich haben wir 66 Millionen Franken, bei der Case Study der HSLU 31,2 Millionen Franken. Bei der Stadt Zürich ist ein Rückbau nicht einberechnet, bei der HSLU hingegen schon. Bei der Stadt Zürich haben wir zwei Türme. Bei der HSLU-Studie ist es für einen Turm gerechnet – zweimal 30 ergibt 60 Millionen Franken. Die Case Study hat den Sockel nicht mitberechnet, das wurde von den Verfassenden bestätigt. Aber ohne Einrechnung des Sockels gibt es in diesem Gebäude keine Bewilligung, weil es keine Entfluchtung gibt und der Brandschutz nicht eingehalten wird. Die Case Study wurde mit den vorhandenen öffentlichen Daten seriös erarbeitet. Am Schluss haben wir einen Weg eingeschlagen, der bewilligungsfähig ist und mit dem wir das Projekt anpacken und die Flüchtlinge unterbringen können. Mit den SEB besteht eine gute Zweitnutzung, wenn die Unterkunft nicht belegt ist. Es sind unterschiedliche Flughöhen und Berechnungsgenauigkeiten, aber im Grundsatz unterscheiden sich diese nicht wirklich. Wir haben alle Unterlagen zur Verfügung gestellt.



45 / 45

S. 17	40 4040 500960 5040 00 000	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien Stadt Zürich Personalhäuser Triemli: Instandsetzung Hochbauten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Antrag von
070a.	Antrag Stadtrat				1 600 000 N	
			500 000		1 100 000	Zustimmung Tanja Maag (AL)
		Begründung:	Anpassung des Projektierungskredits (Anteil 2025) auf einen Erstellungsbetrag von 30 Millionen Franken. Der aktuelle, mit Stadtratsbeschluss (STRB Nr. 3311/2024) bewilligte Projektierungskredit basiert auf den hohen Erstellungskosten von 66 Millionen Franken.			

Der Rat lehnt den Antrag von Tanja Maag (AL) mit 24 gegen 90 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) ab.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 124, Beschluss-Nr. 4072/2024)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat